

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Herbert Scheffler
Günther Wagenlehner

Die Entwicklung des
Kommunismus in der Sowjetzone
und in der Sowjetunion

B 36/65

8. September 1965

Herbert Scheffler, geb. 1923, Ingenieur, bis 1961 Leiter des „Hauses der Zukunft“ in Berlin, Mitarbeiter in verschiedenen Einrichtungen der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung, leitender Redakteur der Zeitschrift *europäisches forum*. Veröffentlichungen über Fragen des deutschen Kommunismus und der europäischen Einigungspolitik.

Günther Wagenlehner, Dr. phil., geb. 19. November 1923 in Oederan/Erzgeb., wissenschaftlicher Leiter eines Forschungsinstituts, zehn Jahre sowjetische Kriegsgefangenschaft.

Veröffentlichungen u. a.: Das sowjetische Wirtschaftssystem und Karl Marx, Köln 1960; Kommunismus ohne Zukunft, Stuttgart 1962.

Herausgeber:

Bundeszentrale für politische Bildung,
53 Bonn/Rhein, Berliner Freiheit 7.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung
DAS PARLAMENT, 2 Hamburg 36, Gänse-
markt 21/23, Tel. 34 1251, nimmt gern entgegen:

Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und
Zeitgeschichte“

Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung
DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum
Preise von DM 2,— monatlich bei Postzustel-
lung

Bestellungen von Sammelmappen für die Bei-
lage zum Preise von DM 5,— zuzüglich Ver-
packungs- und Portokosten.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus
Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Mei-
nungsäußerung der herausgebenden Stelle
dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung
und Urteilsbildung.

Die Entwicklung des Kommunismus in der Sowjetzone

Die Funktion der Sowjetzone

Der 8. Mai 1965 — der 20. Jahrestag des Zweiten Weltkrieges — wurde von den Machthabern des deutschen Gebietes zwischen Elbe und Oder zum Anlaß genommen, auf die zwanzig Jahre kommunistischer Herrschaft in diesem Teil Deutschlands zurückzublicken und gleichzeitig daraus Schlußfolgerungen für die Politik in Deutschland abzuleiten. Walter Ulbricht, „Staats“- und Parteichef der deutschen Sowjetzone, erklärte am 5. Mai vor der „Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik“: „Der deutsche Friedensstaat, die Deutsche Demokratische Republik, hat sich *stabilisiert* und verfolgt seine große *historische Aufgabe* als Vertreter der *nationalen und sozialen Interessen* der *ganzen deutschen Nation* kraftvoll und zielbewußt.“

Nur bei sehr vordergründiger Betrachtung könnte der Schluß gezogen werden, daß die Betonung der nationalen Aufgabe prinzipiell vergleichbar sei mit dem, was sich heute in anderen Satellitenstaaten Moskaus abzeichnet, nämlich einer Entwicklung zum „Nationalen Kommunismus“. Dies aber wäre eine Verkennerung der Funktion, die der Sowjetzone von Moskau zugedacht ist, wie auch der Bewegungsmöglichkeit, die das Ulbricht-Regime in der internationalen Politik hat. Die Politik der Sowjetzone — und auch ihre innere Entwicklung — ist zu verstehen als besondere Ausprägung der auf Deutschland gerichteten sowjetischen Politik. Im Hintergrund steht dabei die tief verwurzelte Auffassung der sowjetischen Kommunisten, den politischen Besitz Deutschlands als einen Schlüssel zur kommunistischen Revolution mindestens im europäischen Bereich — wenn nicht darüber hinaus — anzusehen und deshalb hierauf alle Kräfte zu konzentrieren. Nachdem die kommunistischen Umsturzversuche in den zwanziger Jahren gescheitert waren, hoffte Stalin, dieses Ziel durch die Niederwerfung des nationalsozialistischen Deutschland, sein Ausscheiden aus der Weltpolitik als einer eigenständigen politischen Größe und die Errichtung eines kommunisti-

schen deutschen Staates zu erreichen. Er hoffte ferner, dabei Unterstützung zu finden in den Völkern und Staaten, die unter dem Nationalsozialismus und dem von ihm entfesselten Kriege gelitten hatten; die Vereinbarungen gegen Ende des Zweiten Weltkrieges scheinen zunächst diese Hoffungen zu bestätigen. Erst die von ihm angewendeten Methoden im sowjetisch besetzten oder „befreiten“ Teil Europas waren es, die seinen früheren Verbündeten den Blick dafür öffneten, daß sein Ziel nicht die Befreiung, sondern die Sowjetisierung Europas war. Dies und die nicht vorauszusehende Konsolidierung des nicht unter unmittelbarer sowjetischer Herrschaft stehenden Teiles Deutschlands zu einem demokratisch-freiheitlichen Rechtsstaat ließen auch den erneuten Versuch zur politischen Eroberung ganz Deutschlands scheitern.

Damit aber stand das von den Sowjets installierte und gestützte kommunistische System in der Sowjetzone unter einem dreifachen Druck:

1. Die Sowjets drängten auf die Erfüllung ihres Auftrages und beharrten zunächst darauf, hierbei Methoden anzuwenden, denen ausschließlich ihre Einschätzung von der deutschen Situation zugrunde lag (Ablehnung des „deutschen Weges zum Kommunismus“).
2. Die Situation in den deutschen Westzonen und später der Bundesrepublik machte die Tatsache offensichtlich, daß Ulbricht bestenfalls eine der Kräfte in der deutschen Politik, aber nicht die entscheidende ist, und die Bevölkerung der deutschen Sowjetzone widersetzte sich immer stärker der Umwandlung ihrer Lebensumgebung nach kommunistischem Rezept. Für diese Haltung bezog sie eine zusätzliche moralische Unterstützung aus der Tatsache, daß das kommunistische Argument, die Entwicklung sei eine Folge des verlorenen Krieges, deshalb unzureichend bleiben mußte, weil auch Westdeutschland den Krieg verloren hatte und dennoch eine Entwicklung nehmen konnte, die dem einzelnen Bürger ein hohes Maß an persönlicher Freiheit und Rechtsstaatlichkeit sicherte.

Mit freundlicher Genehmigung des Verlages Wissenschaft und Politik, Köln, entnommen aus dem in Kürze erscheinenden Buch „Kommunismus International 1950—1965 — Probleme einer gespaltenen Welt“.

3. Die Position der deutschen Sowjetzone ist deshalb nicht mit der anderer Moskauer Satelliten zu vergleichen, weil die Kongruenz zwischen Nation und kommunistischem Staats- und Gesellschaftsbereich nicht vorhanden und herzustellen war. Die Sowjetunion war — wenn ihr Ziel schon nicht in vollem Umfange zu erreichen ist — an einer Unstabilität in Mittel- und Westeuropa interessiert. Das wesentlichste Mittel hierzu war der Besitz eines Teiles Deutschlands; das Problem, dieses Mittel einzusetzen, bestand jedoch darin, daß sich die kleine kommunistische Herrschaftsgruppe nicht nur nicht auf die Zustimmung ihrer Bürger

stützen konnte, sondern deren — zum Teil aktiver — Gegnerschaft ausgesetzt war.

Ulbricht hatte die Aufgabe, diese Gegnerschaft gegen das kommunistische System in Mitteldeutschland zu beseitigen, gleichzeitig der Bevölkerung ein Bewußtsein von der Zugehörigkeit zu einem eigenen deutschen Staat einzuprägen und schließlich alles zu tun, um diesen deutschen Staat in ein kommunistisches Gesamtdeutschland aufgehen zu lassen. Das Bemühen, diese Aufgabe zu lösen, charakterisiert die sechzehn Jahre — den Zeitraum einer halben Generation — seiner Tätigkeit in Mitteldeutschland.

Der Versuch einer Umformung des Menschen

Der Glaube der Marxisten an die Änderung des menschlichen Bewußtseins als unmittelbare und fast automatische Folge der Veränderung der gesellschaftlichen und materiellen Lebensbedingungen war bereits nach den ersten Jahren Erfahrung mit der Sowjetunion zusammengeschmolzen. Als politisches Dogma aber lebte er weiter. So erwiesen sich auch die Maßnahmen der Sowjetzonenführung als zwiespältig. Das Ausbleiben der Wandlung des gesellschaftlichen Bewußtseins konnte zunächst begründet werden mit dem Nachwirken überholter — aus der Zeit des Kapitalismus herührender — Bewußtseinshaltung. Man meinte aber, die junge Generation werde davon unbeeinträchtigt im neuen Geiste aufwachsen. Die spätere Erfahrung sollte lehren, daß auch diese Hoffnung unerfüllt blieb. Von der organisatorischen Seite her waren die Bedingungen für den Griff auf den Menschen allerdings perfekt: das Erziehungswesen war — neben der Justiz — der Hauptangriffspunkt der neuen kommunistischen Herrschaft. Die schnelle Entfernung aller Lehrkräfte, von denen das System befürchten mußte, daß sie nicht in ihrem Sinne tätig werden würden, die totale Verstaatlichung des Schulwesens, die Zentralisierung der Schulorganisation, die Durchdringung der Hochschulen in Organisation und Lehrkörper, die Durchsetzung des Unterrichtsstoffes mit dem dialektischen und historischen Materialismus und Marxismus-Leninismus, die Beseitigung der Freiheit der Forschung waren nur die äußeren Kennzeichen dieses Prozesses. Damit parallel vollzog sich der Kampf gegen die Religion und — in wechselnden Formen und mit unterschiedlicher Intensität — der Kampf gegen die Kirchen wie die Erschwerung der Beziehungen des

einzelnen Menschen zu den konfessionellen Institutionen. Die Propagierung der Jugendweihe, später auch der sozialistischen Eheschließung und der sozialistischen Namensgebung sollten Mittel sein, um die Kirche von ihrem traditionellen Platz im Leben des einzelnen Menschen zu entfernen und an dessen Stelle die Bindung an das Kollektiv zu setzen. Seinen Höhepunkt fand diese Entwicklung in der Verkündung der „Zehn Gebote der sozialistischen Moral“ im Jahre 1958.

Der Ersatz ethischer und moralischer Werte durch Äußerungen eines „Kollektivgeistes“ gelang jedoch nur unvollkommen. Die Tatsache, daß der junge Mensch heute an Jugendweihe und Konfirmation gleichzeitig teilnehmen kann, ist ein Zeichen für die Grenzen, an die das System gelangt ist, nicht Merkmal einer „liberalen“ Haltung gegenüber Religion und Kirche.

Der organisatorisch perfekt aufgebaute und psychologisch von den Erkenntnissen einer politisch beengten „Wissenschaft“ abgeleitete Versuch der geistigen Erfassung des Menschen wurde begleitet und zugleich unterstützt durch die Etablierung und Wirksamkeit eines Terrorsystems von zuvor in Europa unbekannter Art. Neben dem äußeren, physischen Terror, von dem Zehntausende von Menschen an Leben und Freiheit unmittelbar betroffen wurden, stand die Errichtung einer Atmosphäre, die den einzelnen Menschen von seiner Umgebung isolieren und ihm das Gefühl vermitteln sollte, allein in einer für seine elementarsten Lebensäußerungen gefährlichen Umwelt zu stehen. Die Wirkung und Wirksamkeit des Staatssicherheitsdienstes beruht nicht so sehr auf

der Tatsache, daß er jegliche Regung und Äußerung gegen das System zu ahnden vermochte, sondern vielmehr darin, daß er den Eindruck vermittelte, dazu in der Lage zu sein. Die Wirkung dessen war dreifacher Natur: Kurzfristig wurden Überlegungen und Regungen dem System feindlich gegenüberstehender Bevölkerungskreise in Zahl und Umfang so reduziert, daß der unmittelbar zu ihrer Repression eingesetzte Apparat Herr der Situation bleiben konnte. Mittelfristig wurde hierdurch der Anpassungsprozeß gefördert und beschleunigt, da nur wenige Menschen vermögen, auf die Dauer eine Haltung einzunehmen, die sie in Unfrieden mit ihrer Umgebung bleiben läßt. Mag diese Anpassung zunächst nur äußerlich vollzogen sein, so entsteht ein innerer Konflikt dadurch, daß das Verhalten nach außen nicht der

inneren Haltung entspricht. Da aber das äußere Verhalten nicht ohne schwerwiegende Folgen für Existenz und physische Freiheit geändert werden kann, bleibt die Änderung der inneren Einstellung als einzige Möglichkeit, den Frieden „mit sich selbst“ wiederzuerlangen. Diese Funktion des Terrors hat zur Anpassung wesentlich mehr beigetragen als jede politische Argumentation oder Veränderung der materiellen Situation. Langfristig hat der betonte und sichtbare Terror — besonders jener der Anfangszeit — die zusätzliche Wirkung, daß sein allmähliches Zurücktreten als politisches Führungsmittel, als Zeichen politischer Normalisierung, ja sogar als „Liberalisierung“ gedeutet wird. Dies spiegelt sich besonders in jüngeren Diskussionen um die Situation in Mitteldeutschland wider.

Kritische Phasen

Nach kommunistischer Auffassung stellt das Wirtschaftssystem die entscheidende Grundlage für die gesellschaftliche Situation und das gesellschaftliche Gefüge dar. Davon ausgehend war es vom kommunistischen Standpunkt nur konsequent, in kürzestmöglicher Frist die Grunderfordernisse kommunistischer Wirtschaft — Verstaatlichung und Zentralplanung — zu erfüllen. Der wirtschaftliche Effekt dieser Maßnahme war — und ist — negativ, das heißt, die Effizienz der Sowjetzonenwirtschaft bleibt nach übereinstimmender Auffassung sämtlicher Fachleute hinter dem zurück, was bei Anwendung privatwirtschaftlicher oder genossenschaftlicher Formen und sinnvoller Förderung statt starrer Planung hätte erreicht werden können. Für die kommunistische Zonenführung verschärft wurde dieses Problem zusätzlich durch die Einführung eines Arbeitsrechts in enger Anlehnung an das sowjetische Muster, eine systembedingte Maßnahme — nach Verstaatlichung und Zentralplanung —, die jedoch in der traditionsbewußten deutschen Facharbeiterschaft heftige Reaktionen auslösen mußte. Die überhöhte Entnahme von Reparationen — auch aus der laufenden Produktion — durch die Sowjets erschwerte einerseits die wirtschaftliche Normalisierung, wirkte aber gleichzeitig andererseits — ohne daß dies (bis 1964) von der politischen Führung als Argument benutzt wurde — als Alibi für den wirtschaftlichen Rückstand, der besonders nach der Währungsreform gegenüber der Bundesrepublik für jeden sichtbar in Erscheinung trat.

Gestützt auf den Auftrag der Sowjetunion und unter deren Schutz, ohne Rücksicht auf die Reaktionen im nichtkommunistischen Bereich und unter Anwendung eines Höchstmaßes an Terror auf allen Lebensgebieten versuchte die Zonenführung, den Anschluß an das politisch-gesellschaftliche Niveau des Ostblocks, möglichst der Sowjetunion, zu erreichen.

Dieser Prozeß, der mit der II. Parteikonferenz der SED im Sommer 1952 begann, war aber abhängig von der Absicherung auch der Führungsmethoden durch die Sowjetunion — ein Problem, das deutlich sichtbar wurde, als diese nach dem Tode Stalins im Frühjahr 1953 Gegenstand des Machtkampfes in Moskau geworden waren.

Durch die auf Grund der II. Parteikonferenz getroffenen Maßnahmen (Kollektivierung der Landwirtschaft, Beseitigung der Restbestände des selbständigen Mittelstandes — auch in den freien Berufen —, verstärkter Kulturkampf und rigorose Verschärfung von Strafen bei mangelnder Planerfüllung), verschärft durch den Beschluß des Politbüros im Mai 1953, die Normen um durchschnittlich 10 Prozent heraufzusetzen, war erstmals die taktische Grundregel verletzt, Maßnahmen nur gegen jeweils einen Teil der Bevölkerung durchzuführen, also mit differenzierter Zielrichtung zu operieren. Es war die Aufhebung oder Milderung bestimmter Maßnahmen (der II. Parteikonferenz), verbunden mit dem von Moskau befohlenen Eingeständnis der politischen Führung, in einigen Fragen Fehler begangen zu haben, die den

Aufbruch der Bevölkerung am 17. Juni 1953 auslösten. Das Gefühl, das zu diesem Zeitpunkt die führenden Funktionäre neben der Furcht am meisten beherrschte, dürfte das der Überraschung darüber gewesen sein, daß es nicht die Alten und die „Kapitalisten“ waren, die gegen das politische System aufstanden, sondern diejenigen, von denen es am ehesten Unterstützung und Hilfe erwartete: die Arbeiter und die Jugend. Der Einsatz der materiellen Machtmittel der Sowjetunion — neben dem Ausbleiben einer wirksamen Unterstützung aus dem Westen —, nicht der Einsatz des „Staatsapparates“ (der in jenen Tagen zerbrochen war) oder gar die Überzeugungskraft der politischen Führung, haben die kommunistische Herrschaft über Mitteldeutschland vor ihrem Ende bewahrt.

Die Erfahrung der Bevölkerung im Jahre 1953 war die Ursache dafür, daß 1956, im Krisenjahr des Ostblocks, die Ereignisse in Ungarn und Polen in Mitteldeutschland keinen sichtbaren Niederschlag fanden. Allerdings hatte auch die politische Führung ihre politische Lektion gelernt und die Maßnahmen differenziert den Notwendigkeiten der Situation angepaßt und auf dogmatisch bedingte Bravourstücke verzichtet.

Eine weitere kritische Phase entwickelte sich 1959 bis 1961, diesmal nicht von der inneren Situation ausgehend, sondern von dem Versuch Chruschtschows, den sowjetischen Macht-

bereich an dem offenen Teil der Grenze nach Westen — nämlich in Deutschland — zu konsolidieren. Der Ursprung hierfür lag in einer auf Grund der weltpolitischen Lage notwendig gewordenen Umorientierung der sowjetischen Außenpolitik. Unmittelbar richtete sich seine Aktion auf das Ziel, den Status quo in Europa, besonders in Deutschland, von den Westmächten — und den Deutschen selbst — garantiert zu bekommen und dabei gleichzeitig mindestens günstige Voraussetzungen für die endliche Beseitigung der bestehenden politischen Ordnung in Berlin und dessen Bindung an die Bundesrepublik wie den Schutz der Stadt durch die Westmächte zu schaffen. Ein Erfolg dieser Aktion würde gleichzeitig die Hoffnung der Bevölkerung in Mitteldeutschland auf Änderung ihrer Situation zerstören. „Friedensvertrag“ und „Freie Stadt West-Berlin“ waren die hierfür in Propaganda und Agitation benutzten Formeln. Berlin, die Bundesrepublik und die freie Welt widersetzen sich übereinstimmend und überzeugend diesem Bemühen. Während die sowjetische Führung offensichtlich sehr bald die Aussichtslosigkeit ihres Vorhabens erkannte, steigerte Ulbricht seine Agitation, möglicherweise, um die Sowjets an seine Politik zu binden, aber auch, um nach außen den Eindruck der Unaufhaltbarkeit dieser Entwicklung zu erwecken. Dies aber hatte eine Nebenwirkung, die sich zunächst nur zögernd, bald aber mit immer zunehmendem Tempo bemerkbar machte.

Fluchtbewegung und Mauer

Alle Bemühungen der Sowjetzonenführung, die Menschen geistig zu erfassen und sie zu dem von ihr gewünschten Verhalten und zu entsprechendem Einsatz zu zwingen, hatten ihre Grenze in der Möglichkeit gefunden, die Sowjetzone zu verlassen und sich damit dem Zugriff des Systems zu entziehen. Zwar stand seit 1951 — in wechselnden Formen — das „illegale Verlassen der Sowjetzone unter Strafandrohung (auch die Vorbereitung oder die Beihilfe hierzu), dennoch waren bis Mitte 1961 rund 3,2 Millionen Menschen (= Bevölkerung Norwegens) nach Westdeutschland gegangen. Was für die Machthaber hierbei besonders besorgniserregend war, ist die Tatsache, daß der Anteil der Arbeiter und Personen bis zu 25 Jahren unter den Flüchtlingen prozentual größer war als die Anteile dieser Bevölkerungskreise unter der Gesamtbevölkerung. Noch schwerer aber wog die Fluchtmöglichkeit auf die psycho-

logische Haltung, das „Bewußtsein“ der Gesamtbevölkerung. Gewiß versuchte die große Mehrheit der Bevölkerung, in der gewohnten Umgebung ihrer Heimat leben zu können. Für einen Menschen, der sein in harter Arbeit erworbenes Eigentum, seinen Freundes- und Bekanntenkreis zurücklassen muß, ist die Flucht ein einschneidender Vorgang, der nicht ohne Not vollzogen wird. Aber es blieb immer die Möglichkeit — „wenn es gar nicht mehr anders ging“ —, diese Umgebung zu verlassen. So stiegen die Flüchtlingszahlen immer dann an, wenn die politische Situation eine Entwicklung „zum Besseren“ unwahrscheinlich erscheinen ließ: 1953, 1956 und erneut 1959, 1960. Im Sommer 1961 erreichte sie einen neuen Höhepunkt, als die Propaganda der SED mit der Forderung nach einem Friedensvertrag und der Veränderung des Status' Berlins die von der Bevölkerung als Drohung empfundene Voraus-

sage verband, daß damit auch der „Republikflucht“ ein Ende bereitet werde. Jetzt entschieden sich auch manche derjenigen zur Flucht, die andernfalls ihr Arrangement mit dem System vollzogen hätten. Die Absperrung der Sektoren- und Zonengrenze in Berlin und die Verstärkung der Demarkationslinie (im SED-Jargon „Staatsgrenze West“) im August 1961 war ausschließlich die Folge der hemmungslosen Agitation der SED gegenüber ihrer eigenen Bevölkerung, nicht der „Abwerbung“, wie die kommunistische Propaganda glauben machen möchte.

Bemerkenswert ist dabei auch die Form der Grenzsicherung, die „Mauer“ in Berlin. Zweifellos könnte der Effekt einer wesentlichen Verminderung der Flüchtlingszahl auch mit

Die Sozialisierung der Wirtschaft ist bis an die Grenze des Möglichen, wenn auch zahlenmäßig nicht total, durchgeführt. Von der Industrie befanden sich Ende 1963 (gemessen an der Bruttoproduktion) nur noch 2,5 Prozent in Händen privater Eigentümer. In der Landwirtschaft betrug der Sozialisierungsgrad in Form landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften und volkseigener Güter (gemessen an der landwirtschaftlichen Nutzfläche) 93,6 Prozent. Der Außenhandel und das Banken- und Versicherungswesen sind zu 100 Prozent sozialisiert. Im Einzelhandel befanden sich (gemessen am Umsatz) noch 14,2 Prozent in Privathänden und im Handwerk (an der Leistung gemessen) 63,9 Prozent. Die Schwerpunkte innerhalb dieses Prozesses werden an folgenden Zahlen sichtbar.

Der Prozentsatz der in privatem Eigentum befindlichen Industriebetriebe sank von 74,4 Prozent im Jahre 1950 auf 33,3 Prozent im Jahre 1962. Im Jahre 1950 hatten die im Privateigentum befindlichen Industriebetriebe einen Anteil an den Arbeitern und Angestellten in der Industrie von 24,3 Prozent. Diese Zahl sank bis 1962 auf 4,6 Prozent ab. Gemessen an der Bruttoproduktion betrug der Anteil der im Privateigentum befindlichen Industriebetriebe im Jahre 1950 23,5 Prozent und im Jahre 1962 2,8 Prozent. Dieses zeigt mit aller Deutlichkeit, daß der Rest an Privatindustrie nahezu ausschließlich von kleinen Betrieben — sowohl an Beschäftigtenzahl wie an Umsatz — gestellt wird. Betrachtet man in diesem Zusammenhang die einzelnen Industriezweige, so zeigt sich,

anderen technischen Mitteln erreicht werden; hier kommt es aber auch auf die psychologische Wirkung an, die in der Vermittlung des Eindrucks der Endgültigkeit und „Unüberwindlichkeit“ besteht. Unverhohlen äußerten sich SED-Funktionäre nach dem Abklingen des ersten Schocks über die Mauer, daß die „Überzeugungsarbeit“ leichter geworden sei: zweifellos wird der oben beschriebene Anpassungsprozeß durch das Gefühl der Ausweglosigkeit verstärkt. Daß eine solche Situation auch Kräfte mobilisieren kann, findet seinen Niederschlag in der Tatsache, daß seit dem 13. August 1961 im Tagesdurchschnitt etwa 15 Menschen die Flucht gelingt und von einer wahrscheinlich um ein Vielfaches größeren Zahl die Flucht versucht wird, aber an den Sperrmaßnahmen scheitert.

Sozialisierung und Kollektivisierung

daß von den industriellen Privatbetrieben die Textilindustrie mit 16,9 Prozent den relativ höchsten Anteil stellt, ihr folgt die Bekleidungs- und Näherzeugungsindustrie mit 12,5 Prozent, die Nahrungs- und Genußmittelindustrie mit 12,3 Prozent und die Holz- und Kulturwarenindustrie mit 11,8 Prozent.

Ein hiermit durchaus vergleichbares Bild zeigt sich in der Landwirtschaft. Der Anteil der privaten landwirtschaftlichen Betriebe (gemessen an der landwirtschaftlichen Nutzfläche) sank von 74 Prozent im Jahre 1953 auf 6,7 Prozent im Jahre 1962. Der entscheidende Schritt vollzog sich hier in den Jahren 1959 und 1960. Während private landwirtschaftliche Betriebe im Jahre 1959 noch einen Anteil von 51,8 Prozent an der landwirtschaftlichen Nutzfläche Mitteldeutschlands hatten, waren es 1960 nur mehr 7,8 Prozent. Dies erklärt, daß die Sowjetzone seit 1960 von einer „Vollsozialisierung in der Landwirtschaft“ spricht. Diese Tendenz wird durch eine differenzierte Betrachtung des „Genossenschaftlichen Sektors“ in der Landwirtschaft noch vertieft. Während bis 1959 die Zahl der LPG vom Typ III (der Mindeststufe der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften) mit 6 369 fast doppelt so hoch lag wie die Summe der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften vom Typ I und II, stagnierte von da ab die Zahl der LPG vom Typ III, von denen es Ende 1962 6 351 gab; der gesamte Zuwachs an landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften entfiel auf die LPG der Typen I und II, deren Zahl Ende 1962 10 274 betrug. Dies unterstreicht deutlich die

Tendenz zu den ausgeprägteren Formen „genossenschaftlicher Bindung, das heißt der unmittelbaren staatlichen Einflußnahme.

Im Einzelhandel verlief die Entwicklung völlig parallel. Der private Einzelhandel hatte 1950 einen Anteil von 90,4 Prozent an der Gesamtzahl der Verkaufsstellen, im Jahre 1962 nur mehr 41,4 Prozent. Dieser Bestand an privaten Einzelhandelsverkaufsstellen umfaßt jedoch in höherem Maße die umsatzschwachen Einzelhandelsbetriebe, wie aus der Tatsache hervorgeht, daß 1950 der private Einzelhandel einen Anteil von 52,8 Prozent am gesamten Einzelhandelsumsatz hatte, demgegenüber 1962 nur noch 14,9 Prozent.

Der einzige Wirtschaftszweig, der von diesem Bild graduell abweicht, ist das Handwerk. Nachdem seit Ende 1952 ein ständig zunehmender Druck auf die Handwerker, Handwerksproduktionsgenossenschaften beizutreten, ausgeübt und diesem Druck durch steuerliche und arbeitsrechtliche Maßnahmen Nachdruck verliehen wurde, steigerte sich die Zahl der Hand-

werkerproduktionsgenossenschaften auf den zahlenmäßig gering erscheinenden Umfang von 2,5 Prozent der Gesamtzahl der Handwerksbetriebe im Jahre 1962. Diese Zahl erscheint jedoch in einem wesentlich anderen Licht, wenn dabei berücksichtigt wird, daß diese 2,5 Prozent der gesamten Handwerksbetriebe nicht weniger als 24,6 Prozent aller im Handwerk Beschäftigten umfaßt. Der Anteil der Handwerkerproduktionsgenossenschaften an der gesamten vom Handwerk erbrachten Arbeitsleistung betrug 1962 26,1 Prozent.

Lediglich der Vollständigkeit halber sei vermerkt, daß der Außenhandel der sowjetischen Besatzungszone ganz überwiegend auf den Ostblock orientiert ist. Im Jahre 1955 hatten die Ostblockländer insgesamt einen Anteil von 79,5 Prozent an der Einfuhr der Sowjetzone, im Jahre 1961 einen Anteil von 83,1 Prozent. Dabei ist zu bemerken, daß sich der Anteil der Sowjetunion von 40,5 Prozent im Jahre 1955 auf 53,0 Prozent im Jahre 1961 erhöht hat, überwiegend zu Lasten der Einfuhren aus Polen und Rotchina.

Das System der Planwirtschaft

Der zweite politische Hebel in der Wirtschaft neben der „Sozialisierung“ war die Einführung der totalen Planwirtschaft — seit 1950 zunächst in Gestalt der Fünfjahrpläne, seit 1958, der sowjetischen Planung angeglichen, durch einen Siebenjahrplan. Das Schwergewicht der Planziele lag eindeutig bei der Ausweitung der industriellen Bruttoproduktion, hier wiederum am stärksten ausgeprägt in der Grundstoff- und Investitionsgüterindustrie. Der ganz überwiegende Teil der Produktionssteigerung war zu Lasten der Arbeitnehmer durch Steigerung der Arbeitsproduktivität vorgesehen. Während beim ersten Fünfjahrplan (1950 bis 1955; alle Zahlen bezogen auf das Jahr 1950) die industrielle Bruttoproduktion auf 193,5 angehoben werden sollte, wurde nach eigenen Angaben der Sowjetzone dieses Ziel nicht ganz erreicht, sondern erbrachte ein Ist von 189,6. Welchen Einfluß hierbei die Ereignisse des Jahres 1953 hatten, geht sehr deutlich daraus hervor, daß in der volkseigenen Industrie eine Steigerung der Arbeitsproduktivität je Industriearbeiter auf 172,0 vorgesehen war, jedoch nur 154,2 erreicht wurden. Für den Lohnfonds war eine Steigerung auf 131,0 vorgesehen, tatsächlich aber stieg der Lohnfonds auf 168,0. Die Löhne in der Industrie sollten auf 120,0 ansteigen, tatsächlich jedoch erreichten die Löhne der In-

dustrie 148,0. Dieses Zurückbleiben der Arbeitsproduktivität gegenüber der Planung auf der einen Seite und das Ansteigen der Löhne und des Lohnfonds über den Plan hinaus auf der anderen Seite zwangen zu einer tiefgreifenden Änderung des ersten Fünfjahrplans. Während für die genannte Planperiode Investitionen von insgesamt 28,6 Milliarden DM Ost vorgesehen waren, enthielt der im Juni 1953 revidierte Plan nur noch einen Ansatz an Investitionen in der Höhe von 23,1 Milliarden DM Ost. Dies macht deutlich, daß die vorgesehene Wachstumsrate im Grunde unrealistisch war und die Arbeiterschaft der Sowjetzone durch ihr Aufbegehren im Sommer 1953 die vorgesehene Ausbeutung durch die Wirtschaftsführung nicht unwesentlich abbremsen und ein für sie günstigeres Verhältnis zwischen Steigerung der Arbeitsproduktivität und Lohnfonds erzwingen konnte.

Der zweite Fünfjahrplan mit der vorgesehenen Laufzeit von 1956 bis 1960 wurde durch die Umstellung auf den Siebenjahrplan ab 1959 nur teilweise durchgeführt. Seine Ziele waren offensichtlich zu hoch angesetzt, denn 1962 zeigten sich folgende Rückstände gegenüber den vorgesehenen Planzielen: bei Investitionen 25 Prozent, Industriebau 30 Prozent, Indu-

strieproduktion 35 Prozent. Für dieses Zurückbleiben gegenüber dem Plan wurde diesmal die „offene Grenze“ nach dem Westen, die „Abwerbung“ und der „Menschenhandel“ aus der Bundesrepublik verantwortlich gemacht. Als Konsequenz wurde für 1964 ein neuer Siebenjahrplan angekündigt, dessen Zielsetzung erheblich hinter dem ersten Siebenjahrplan zurückblieb: in der Industrieproduktion um 31 Prozent, in den Investitionen um 34 Prozent, in der Grundstoffindustrie um 34 Prozent, in der metallverarbeitenden Industrie um 37 Prozent, in der Konsumgüterindustrie jedoch um 73 Prozent und in der Lebensmittelindustrie um 49 Prozent. Daraus geht hervor, daß die Umstellung auf „einen neuen, solide fundierten Perspektivplan“ (W. Ulbricht) überwiegend zu Lasten des Konsums und der privaten Lebenshaltung ging.

Im Zusammenhang hiermit muß die Bevölkerungs- beziehungsweise Arbeitskräfteentwicklung in der Sowjetzone gesehen werden. Die Wohnbevölkerung im sowjetisch besetzten Gebiet (Sowjetzone und Ost-Berlin) sank von 19,06 Millionen Ende 1948 auf 17,14 Millionen Ende 1962 ab. Dieses Absinken der Zahl der Gesamtbevölkerung wurde dadurch noch verschärft, daß sich der Anteil der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter von 63,3 Prozent im Jahre 1950 auf 57,9 Prozent im Jahre 1965 verminderte. Unter diesen Voraussetzungen wurde es außerordentlich schwierig, die nicht mehr abzuwendenden Konsumbedürfnisse der Bevölkerung auch nur annähernd zu befriedigen und gleichzeitig den Westen (hier besonders Westdeutschland) „in historisch kurzer Frist“ einzuholen und zu überholen. Daran änderte grundsätzlich auch nichts die Einführung des „Neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft“ im Jahre 1963. Bei näherer Betrachtung stellt sich heraus, daß darunter weder ein wesentliches

Abweichen von dem bisher praktizierten System der zentralen Planwirtschaft verstanden wird noch die Einführung wirklich neuer Elemente in die Wirtschaftspraxis. Lediglich in sehr vorsichtiger Form wird die Möglichkeit einer Ausweitung der Dispositionsbefugnisse der Betriebe angedeutet.

Hierunter aber verbirgt sich ein anderes, für die politische Führung nahezu unlösbares Problem. Es hat sich bisher als schlechthin unmöglich erwiesen, eine volle Übereinstimmung zwischen den politischen und wirtschaftlichen Zielsetzungen in der Praxis herbeizuführen. Gerade die Entwicklung der Sowjetzone Deutschlands zeigt deutlich, daß solche Phasen, in denen mit Nachdruck politische Ziele — die „sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft“ — angestrebt wurden, gleichzeitig diejenigen waren, in denen der Zuwachs in der Wirtschaft unter dem Durchschnitt lag, während andererseits in solchen Zeiten, die Höhepunkte der wirtschaftlichen Entwicklung darstellten, gleichzeitig politisch „kurzgetreten“ wurde. Seinen stärksten Ausdruck findet dieser Widerspruch in den an der Wirtschaftsführung und vor allem ihrer praktischen Durchführung beteiligten Personen. Trotz aller Anstrengungen war es bisher nicht möglich, einen Typ von Funktionären heranzuziehen, die gleichermaßen politisch überzeugt wie für die Wirtschaftspraxis fachkundig sind. Die Versuche der SED, wissenschaftlich ausgebildete Wirtschaftler durch ein zweijähriges Zusatzstudium auf einer SED-„Zentralschule“ zu gleichzeitigen Politfunktionären zu erziehen, erwiesen sich in der Praxis als wenig erfolgreich. In den meisten Fällen siegte der Wirtschaftsfunktionär und -praktiker über den Parteifunktionär. Die relativ große Fluktuation bei führenden Wirtschaftsfunktionären — auch im Staatsapparat — ist ein deutliches Zeichen dieser Situation.

Lebensstandard und politische Haltung der Bevölkerung

Angesichts dieser Voraussetzungen bleibt der Lebensstandard der Bevölkerung in Mitteldeutschland erheblich hinter der Entwicklung in der Bundesrepublik zurück. Zwar hat sich die Spanne zwischen den Aufwendungen für die Lebenshaltung (in der Mark-gleich-Mark-Rechnung) von 1958 bis 1961 zwischen der sowjetischen Besatzungszone und der Bundesrepublik etwas verringert, so zum Beispiel in der gehobenen Verbrauchergruppe von 145 auf 129 (Bundesrepublik gleich 100), in der middle-

ren Verbrauchergruppe von 133 auf 121, in der unteren Verbrauchergruppe von 126 auf 114. Dem steht jedoch gegenüber, daß der Nominallohn in der Bundesrepublik in größerem Umfang gestiegen ist als in der Sowjetzone. 1963 lagen die nominellen Bruttolöhne der Arbeitnehmer in der SBZ im Durchschnitt um rund 30 Prozent unter dem der westdeutschen Arbeitnehmer. Bei aller Problematik von Reallohnvergleichen zwischen verschiedenen Wirt-

schaftsgebieten (um so mehr, wenn sie über unterschiedliche Wirtschaftssysteme verfügen) stimmen die Berechnungen und Schätzungen nichtkommunistischer Fachleute darin überein, daß der Rückstand in der privaten Lebenshaltung gegenüber der Bundesrepublik etwa 40 Prozent beträgt. Dabei sind zahlenmäßig nicht ausdrückbare Unterschiede noch nicht berücksichtigt, wie die Tatsache, daß bestimmte Waren nur in sehr begrenzter Zahl oder zeitweilig gar nicht oder nur mit langen Lieferfristen erhältlich sind, ferner im allgemeinen das Sortiment in bestimmten Waren sehr viel begrenzter ist als in der Bundesrepublik und schließlich nicht unerhebliche Unterschiede in Qualität und Ausstattung bestehen.

Diese Unterschiedlichkeit in der wirtschaftlichen Situation und vor allem in den privaten Lebenshaltungsmöglichkeiten spielt jedoch für die politische Haltung der Bevölkerung nur eine recht geringe Rolle. Die verbreitete Vermutung, daß die Abneigung der Bevölkerung Mitteldeutschlands gegen das dort herrschende politische System wesentlich darauf beruhe, daß die wirtschaftliche Lage und die wirtschaft-

lichen Möglichkeiten in der Bundesrepublik günstiger seien, geht an der tatsächlichen Situation vorbei. Dabei ist zunächst zu bedenken, daß sich in der Sowjetzone selbst eine relative Verbesserung gegenüber der jeweils zurückliegenden Zeit ergeben hat. Die staatliche Preismanipulation, die nach politischen Gesichtspunkten vorgenommen wird, gestattet es ferner, Veränderungen in der Struktur des Reallohns so zu gestalten, daß der positive Effekt propagandistisch mit zusätzlicher Deutlichkeit in Erscheinung tritt. Überdies ist es dem System offensichtlich bei weiten Bevölkerungskreisen gelungen, die Tatsache, daß die Entwicklung in der Zone relativ langsam vor sich geht, dadurch aufzuwiegen, daß von ihr behauptet wird, sie stehe auf soliden Füßen. In jüngster Zeit wird dieses Argument durch Anmeldung einer Forderung von 110 Milliarden DM an die Bundesrepublik verstärkt. Dieser Betrag soll sich zusammensetzen aus den von der Zone an die Sowjetunion geleisteten Reparationen, außerdem — in Höhe von 30 Milliarden DM — den „Verlusten“, die die Sowjetzone durch die „Abwerbung“ aus der Bundesrepublik erlitten habe.

SED und Massenorganisationen

Über dieser gesellschaftlichen „Basis“ erhebt sich der gesellschaftliche Überbau, dessen organisatorisches und ideologisches Gerüst die „Sozialistische Einheitspartei Deutschlands“ darstellt. Mit ihren 1 652 850 Mitgliedern im Januar 1963 (gleich 9,5 Prozent der Gesamtbevölkerung) ist sie zahlenmäßig in der Lage, das gesamte Leben der Sowjetzone zu beherrschen und organisatorisch anzuleiten. Zwar ist die altersmäßige Zusammensetzung der Mitgliedschaft mit nur 10 Prozent 18—25jährigen, dagegen aber 60 Prozent über 50jährigen Mitgliedern für eine in die Zukunft weisende Partei nicht gerade überzeugend, jedoch wird dieser Mangel weitgehend durch die Tatsache aufgehoben, daß die SED gleichzeitig Führungskader in sämtlichen Massenorganisationen stellt. Die anderen Parteien der „Nationalen Front“ (die Ost-CDU, die Liberal-Demokratische Partei, die Nationaldemokratische Partei und die Demokratische Bauernpartei Deutschlands) stellen keine eigenständige politische Größe dar, sie unterstützen vorbehaltlos die Politik der SED. Die Tatsache, daß nur etwa ein Drittel der Gesamtmitglieder der SED Arbeiter sind, wird von der Führung als ein Strukturmangel empfunden. Die Versuche, den

Anteil der Arbeiter und der jüngeren Mitglieder an der Mitgliedschaft entscheidend zu erhöhen, sind jedoch praktisch gescheitert.

Von den gesellschaftlichen Organisationen spielt nach Zahl und Funktion die bedeutendste Rolle der „Freie Deutsche Gewerkschaftsbund“, dessen Mitgliederzahl von 1950 bis 1963 von 4,7 auf 6,4 Millionen angestiegen ist. Hinsichtlich der Mitgliederzahl ist allerdings zu berücksichtigen, daß der Anteil nomineller Mitglieder beim FDGB höher sein dürfte als bei anderen Organisationen, da einerseits kaum die Möglichkeit besteht, sich der Aufforderung zum Beitritt zu widersetzen, andererseits das Organisationsleben des FDGB auf der Grundlage der betrieblichen Gewerkschaftsorganisationen vielfach nur formelle Bedeutung hat. Der FDGB spielt jedoch eine erhebliche Rolle für die Durchsetzung der wirtschaftlichen Absichten der politischen Führung, besonders mit dem Ziel, die in den Wirtschaftsplänen vorgesehene Steigerung der Arbeitsproduktivität in die Praxis umzusetzen. Der FDGB betätigt sich ferner in den Betrieben als Organisator von inner- und zwischenbetrieblichen Produktionswettbewerben und der Ver-

teilung von Prämien. Auch ist der FDGB Träger des gesamten Sozialversicherungs- und Versorgungswesens in der Sowjetzone.

Für die Erziehung und Erfassung der Jugend in der Sowjetzone hat die „Freie Deutsche Jugend“ eine außerordentlich wichtige Funktion. Ihre Mitgliederzahl wurde Mitte 1963 mit 1,3 Millionen angegeben (gegenüber 1,7 Millionen im Jahre 1959.) Die Zahl von 1,3 Millionen würde etwa 45 Prozent der Bevölkerung zwischen 14 und 25 Jahren entsprechen. Der FDJ kommt jedoch deshalb so große Bedeutung zu, weil sie entscheidende Funktionen im Erziehungswesen, hier vor allem über die Fortbildungsmöglichkeit junger Menschen in der Sowjetzone, innehat. Bei der Zulassung zur Oberstufe der Schule, der Universität und anderen weiterführenden Ausbildungseinrichtungen sind Vertreter der FDJ maßgeblich beteiligt. Der ungewöhnlich rigoros geführte Klassenkampf im Erziehungswesen schwächte sich seit

Mitte der fünfziger Jahre unter dem Druck der Verhältnisse in der Sowjetzone etwas ab. Der empfindliche Mangel an qualifizierten Arbeitskräften, vor allem auch solchen mit akademischer Ausbildung, zwang das System dazu, die vorhandenen Begabungsreserven möglichst restlos auszuschöpfen. Die Ablehnung einer weiterführenden Berufsausbildung allein wegen der gesellschaftlichen Position und politischen Vergangenheit des Vaters wurde stark eingeschränkt; auch die politische Aktivität des Bewerbers selbst war nicht mehr ausschließliches Kriterium für die Weiterbildungsmöglichkeit. Eine derartige Entwicklung mußte der Machtposition der FDJ Abbruch tun. Es wäre nicht ganz abwegig, zumindest einen Teil des Mitgliederschwundes zwischen 1959 und 1963 auf diese Ursachen zurückzuführen. Auch dieser Vorgang ist nicht zuletzt ein Zeichen dafür, daß der Zwang wirtschaftlicher Fakten unter besonderen Umständen Abstriche an der politischen Praxis bewirken kann.

Militarisierung

Eine ständig zunehmende Bedeutung erlangte — besonders seit 1956 — der Ausbau und die Konsolidierung der Streitkräfte der Sowjetzone. Während von 1948 bis 1956 der Aufbau der Streitkräfte in verschiedenen Formen, nach außen als „Polizei“ getarnt, durch den Aufbau der Kader vorbereitet wurde, traten die Streitkräfte seit Januar 1956 als „Nationale Volksarmee“ offiziell in Erscheinung. Die aktiven Streitkräfte in einer Stärke von etwa 200 000 Mann werden ergänzt durch die „Kampfgruppen der SED“ mit einer Stärke von etwa 320 000 Mann, ferner durch die Angehörigen der hauptsächlich mit militärischer Ausbildung befaßten „Gesellschaft für Sport und Technik“ in Stärke von 450 000 Mann und schließlich durch die etwa 600 000 NVA-Reservisten.

Damit verfügen die aktiven Streitkräfte zusammen mit den kurzfristig militärisch mobilisierbaren Organisationen über eine Stärke, die weit über das zur Erfüllung der ihnen formell gestellten Aufgabe, nämlich „Verteidigung und Schutz der Heimat“, erforderliche Maß hinausgeht. Die paramilitärischen Verbände werden außerdem durch häufige Übungen in ständiger Kampfbereitschaft gehalten.

In dieser Situation drückt sich die Tatsache aus, daß die kommunistische Erziehung wesentlich ergänzt, wenn nicht teilweise ersetzt worden ist durch eine Militarisierung des gesamten Lebens. Den Streitkräften und den paramilitärischen Organisationen ist außerdem die Funk-

tion einer „politischen Schule der Nation“ zugefallen. Diese Funktion ergibt sich konsequent aus der einzigen vorstellbaren Einsatzmöglichkeit, nämlich als Bürgerkriegsarmee revolutionäre politische Veränderungen in der Bundesrepublik herbeizuführen oder zumindest entscheidend zu fördern. Zu diesem Zweck wird in aller Härte und aller Konsequenz den Angehörigen der Streitkräfte ein „Feindbild“ an-erzogen, von dem aus eine Einsatzbereitschaft der Angehörigen der Streitkräfte zu erwarten ist. Erziehungsziel ist nicht die Revolution im kommunistisch ideologischen Sinne, sondern die Beseitigung der politischen Führungskräfte in der Bundesrepublik, denen „nationaler Verrat“ vorgeworfen wird. Die „Deutsche Demokratische Republik“ wird von den kommunistischen Machthabern nicht nur als „erster Arbeiter- und Bauernstaat auf deutschem Boden“ dargestellt, sondern heute viel stärker als der Staat, in dem sich die „besten Traditionen des deutschen Volkes“ verkörpern, und zugleich der Staat, der zur Lösung der „nationalen Aufgabe“ allein berufen sein kann. Anfang 1963 wurde sogar juristisch die These entwickelt, daß die Sowjetzone eine völkerrechtliche Verpflichtung habe, auf die inneren Verhältnisse der Bundesrepublik im Sinne revolutionären (da: heißt kommunistischen) Umsturzes Einfluß zu nehmen. Bis an die äußerste Grenze ist in der jüngsten Zeit in der propagandistischen Terminologie der Begriff „kommunistisch“ durch „national“ ersetzt worden.

Die Bevölkerung und das Regime

Der Prozeß der organisatorischen und geistigen Erfassung der Menschen in Mitteldeutschland hat heute einen Stand erreicht, der es der politischen Führung ermöglicht — bei teilweisem Verzicht auf die Akzeptierung der weltanschaulichen Grundlagen durch den einzelnen Bürger —, die Bevölkerung zu einem Verhalten zu veranlassen, das der politischen Führung nicht akut gefährlich werden kann und darüber hinaus einen Einsatz nach außen — wenn auch nur mit begrenztem Ziel — ermöglicht. Der einzelne Bürger gewinnt über einen längeren Zeitraum ein unmittelbares Verhältnis zu seiner Arbeitsumgebung, das von der Propaganda erfolgreich dazu benutzt werden kann, ihn Stolz auf seine Leistung empfinden zu lassen. Diese sehr unmittelbare und menschlich verständliche Beziehung kann verhältnismäßig leicht in ein zumindest loyales Verhältnis zwischen dem Bürger und dem Staat ausgeweitet werden. Dabei muß berücksichtigt werden, daß dies in der ganz überwiegenden Mehrzahl der Fälle nicht eine Zustimmung zum politischen System — genauer: zum Marxismus-Leninismus — mit einschließt. Obgleich objektiv ein Staat wie der der „Deutschen Demokratischen Republik“ nichts anderes sein kann als eine spezifische Ausprägung des Marxismus-Leninismus in einem bestimmten Gebiet und einer bestimmten historischen Periode, wird dies von den Betroffenen im allgemeinen subjektiv nicht empfunden. Im Gegenteil: nicht selten findet sich in einer Person eine ausdrückliche und betonte Ablehnung des kommunistischen Systems mit einer bewußten Bejahung der „Deutschen Demokratischen Republik“ als Staat. Besonders unter jungen Menschen ist diese Haltung recht verbreitet; sie findet sich aber auch in anderen Bevölkerungskreisen, wozu sicher die Tatsache beiträgt, daß jeder Mensch eine Art natürlichen Bedürfnisses hat, sich in einem als Staat ausgeprägten politischen Gemeinwesen beheimatet zu fühlen.

Das Streben nach Anerkennung

Mit dieser inneren Entwicklung der Sowjetzone korrespondieren Intensität und Methodik, mit der der kommunistische beherrschte Teil Deutschland für die sowjetische Außenpolitik und die Zwecke der kommunistischen Durchdringung von Gebieten außerhalb des sowjetischen Machtbereiches eingesetzt wird. Mos-

Daneben macht sich — besonders von der jungen Generation her — eine Erscheinung bemerkbar, die die Richtigkeit der marxistischen These bestätigt, daß jede Gesellschaft aus sich heraus den gesellschaftlichen Widerspruch entwickelt. Die junge Generation versucht, bewußt oder unbewußt, gegen die Widerstände der gesellschaftlichen Organisationen ihren privaten Lebensbereich zu erweitern und nach eigenem Ermessen auszufüllen. Die politische Führung verzichtet zur Zeit darauf, derartige Regungen rigoros und total zu unterdrücken. Dafür hat sie ständig zu prüfen, wie weit dieser Raum gezogen sein kann, ohne für die Machtverhältnisse gefährlich zu werden.

Am deutlichsten zeigt sich dies in der Lockerung der Fesseln im kulturellen Bereich — andeutungsweise in der Literatur, ausgeprägter in der Musik und in der Architektur — sowie in der Tolerierung persönlicher Verhaltensweisen, die bisher als „kapitalistisch-dekadent“ und „westlich“ strikt verpönt waren. Derartige Lockerungen des staatlichen und politischen Zugriffs auf den einzelnen Menschen und gewisse Wandlungen in den Formen, in denen dies geschieht, bleiben in der Sowjetzone weit hinter dem zurück, was in anderen europäischen Satellitenstaaten inzwischen Realität geworden ist. Für diese Erscheinung den Begriff „Liberalisierung“ zu verwenden, wird jedoch weder der Sache noch dem Liberalismus gerecht. Solange der Bewegungs- und Entscheidungsmöglichkeit des Bürgers so enge Grenzen gezogen sind, wie dies heute der Fall ist — und eine qualitative Veränderung dieses Zustandes ist nicht vorauszusehen —, solange wird das Bemühen der Bürger um eine Erweiterung dieses Raumes der Freiheit gegen das tendenziell und weitgehend auch in der Praxis totale System der Erfassung des Menschen eine der Grunderscheinungen des Lebens in der Sowjetzone sein.

kau und Pankow hatten um die Mitte der fünfziger Jahre offensichtlich erkannt, daß politisch-revolutionäre Methoden und Agitationsmaßnahmen in der Bundesrepublik wenig Wirkung zeigen. Der damalige Vorsitzende der Kommunistischen Partei Deutschlands, Max Reimann, stellte fest, daß die Parole vom

„Sturz des Adenauer-Regimes“ der Bewußtseinslage der westdeutschen Bevölkerung — vor allem auch der Arbeiter — nicht gerecht wurde. Gleichzeitig ging auch in der Sowjetzone die Periode zu Ende, in der die Agitation fast ausschließlich mit sozialrevolutionären Parolen geführt wurde. Sie wurde abgelöst vor allem mit einer außenpolitischen Blickrichtung — durch die Parole von der „Koexistenz“, dem friedlichen Zusammenleben von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnungen. Die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik im Jahre 1955 zwang das Ulbricht-System, auch seinerseits die Bundesrepublik als einen nicht nur existierenden und von den Westmächten, sondern auch von der politischen Führungsmacht des Ostblocks anerkannten Staat zu akzeptieren. Gleichzeitig jedoch benutzte Ulbricht die Koexistenzparole, um das von ihm beherrschte politische Gebilde in Mitteldeutschland als einen deutschen Staat aner-

kannt zu bekommen. Dabei ging es ihm — und geht es heute — nicht in erster Linie um die internationale Reputation, sondern um die Möglichkeit, durch das internationale Renommee die Durchsetzungsmöglichkeit seiner Politik auf die eigene Bevölkerung zu vergrößern. Ein totalitäres System lebt im allgemeinen — und das Ulbricht-Regime in Mitteldeutschland im besonderen — von geliehener Macht, weil ihm die politische Zustimmung der Beherrschten fehlt. Die Absicherung durch die Sowjetunion war der eine Pfeiler dieser Macht, die Zustimmung der Bevölkerung und der von ihnen frei gewählten Regierung in der Bundesrepublik zu der Herrschaft Ulbrichts über die Sowjetzone sollte der zweite Pfeiler seiner Macht sein. Nicht nur nach allen völkerrechtlichen und psychologischen Gesetzen, sondern auch von der inneren Sachlogik her käme dies der Aufgabe des Zieles der Wiedervereinigung des deutschen Volkes in Frieden und Freiheit gleich.

Die Entwicklung des Kommunismus in der Sowjetunion

Das wichtigste Ereignis in der Sowjetunion seit 1950 war der Tod Stalins (1953). Dadurch wurde für die sowjetischen Führer der Weg frei zu dem faszinierenden Versuch, die Sowjetunion den Erfordernissen der modernen Industriegesellschaft anzugleichen. Der Rücktritt Chruschtschows hat diese Tendenz nicht unterbrochen, sondern noch mehr verstärkt.

Dieser Prozeß wird im Westen mit dem Begriff „Entstalinisierung“ gekennzeichnet. Häufig vergißt man jedoch, daß die von der Sowjetführung in Gang gesetzte Entwicklung keinesfalls die prinzipielle Abkehr von der sowjetischen Struktur der Stalinära bedeuten soll. Beabsichtigt ist im Gegenteil die innere Festigung der Parteiherrschaft durch die Absage an die von Stalin ausgeübte Willkür.

Das Ziel soll dadurch erreicht werden, daß

1. die Einmandiktatur für immer beseitigt wird („Abkehr vom Personenkult“) und daß
2. die sowjetische Wirtschaft das höchste Niveau der Welt erreichen soll („Einholen und Überholen der entwickeltsten kapitalistischen Länder“).

Die Fragen, die durch diesen Prozeß zwangsläufig aufgeworfen werden und die den roten Faden der Untersuchung bilden sollen, sind:

1. Wird nicht die totalitäre Struktur im ganzen in Frage gestellt, wenn die totalitäre Einmannherrschaft offiziell als falsch und verbrecherisch bezeichnet wird?

2. Wird nicht ebenfalls die zentral geleitete Planwirtschaft im ganzen in Frage gestellt, wenn sie sich immer deutlicher als Hindernis für den von den Sowjetführer angestrebten Wirtschaftserfolg erweist?

Beide Fragen münden in die Hauptfrage: Können die sowjetischen Führer jene Kräfte, die sie durch die Kritik an Stalins Einmannherrschaft und durch ihre Wirtschaftspläne freigesetzt haben, auf die Dauer unter Kontrolle behalten oder werden sie die Geister, die sie riefen, nie mehr los?

Unsere Untersuchung wird zeigen, daß diese Fragen von den sowjetischen Führern und ihren innerkommunistischen Kritikern sowie allerorts in der Sowjetunion immer wieder gestellt werden.

Wir werden dabei nach einer kurzen Bestandsaufnahme der Ausgangslage (1950) auf die von der Sowjetführung gewollten und erreichten sowie die unbeabsichtigten Veränderungen eingehen.

I. Bestandsaufnahme der sowjetischen Situation im Jahre 1950

a) Prinzipielle kommunistische Machtausübung

In konsequenter Weiterentwicklung des Lenismus waren die Prinzipien der kommunistischen Machtausübung von Stalin bis zum Jahre 1950 längst ausgeformt und in der Verfassung der UdSSR (1936) verankert.

1. In *ideologischer* Hinsicht auf der Grundlage der für alle Kommunisten obligatorischen Leitsätze Stalins in seinem Artikel: „Über den dialektischen und historischen Materialismus“ (September 1938).
2. In *politischer* Hinsicht durch das Sowjetsystem (Verfassung der UdSSR, Art. 2 und 3), das heißt durch die Herrschaft der Partei hinter der Fassade der „Sowjets“ (Räte).
3. In *wirtschaftlicher* Hinsicht durch die Leit-

sätze der Verfassung (Art. 4, 5, 6, 7, 8 und 11): Verstaatlichung der Industrie, Kollektivierung der Landwirtschaft, zentrale Planung der gesamten Wirtschaft.

4. Im Hinblick auf die *kommunistische Weltbewegung* durch den Leitsatz, daß die KPdSU als erfahrendste KP die Avantgarde des internationalen Kommunismus sei.

5. Im Hinblick auf die *Weltrevolution* durch den Grundsatz, daß die kommunistische Bewegung ihre Selbstbestätigung letzten Endes nur in der Weltrevolution finden könne. Die Gewaltanwendung sollte sich dabei auf das notwendige und mit geringem Risiko verbundene Maß beschränken — im Sinne der Stalinschen Formel der „Koexistenz“ (erstmalig 1928 geprägt). Der kommunistische Welt-

sieg würde dann durch den wirtschaftlichen Aufbau der Sowjetunion und durch die Tätigkeit der kommunistischen Parteien im kapitalistischen Ausland zwangsläufig erreicht werden.

b) Persönliche Merkmale der Herrschaft Stalins

Über die genannten Prinzipien kommunistischer Machtausübung hinaus wurde das Sowjetsystem auch durch die persönlichen Merkmale der Herrschaft Stalins geprägt. Das sind insbesondere:

1. Stalins Einmannherrschaft, die der Partei und dem Sowjetstaat seinen Willen aufzwang und damit zur Willkür wurde.
2. Stalins grenzenloses Mißtrauen, das zu zahlreichen „Säuberungen“ in der Partei und zum Meinungsterror führte.
3. Stalins freiwillige Isolierung von der Umwelt und die dadurch hervorgerufenen Fehlentscheidungen auf wissenschaftlichem, militärischem, außenpolitischem und wirtschaftlichem Sektor.
4. Stalins unerträgliches Selbstlob als weisester Führer, größter Feldherr usw.
5. Stalins diktatorische Stellung in der kommunistischen Weltbewegung.

c) Fazit

Die prinzipiellen und persönlichen Merkmale des Sowjetsystems in der Stalinära waren miteinander zu einem System („Stalinismus“) verschmolzen. Rein äußerlich war die Sowjetunion im Jahre 1950 ein straff geführtes Land, das die weltpolitische Lage entscheidend mitbestimmte. Die überragende Rolle des sowjetischen Diktators in der kommunistischen Weltbewegung war — mit Ausnahme der KP

Jugoslawiens — unbestritten. Ein Freundschaftsvertrag mit Rotchina sicherte die Verbindung zur jüngsten kommunistischen Großmacht. Die gebietsmäßigen Erwerbungen des Zweiten Weltkrieges waren gesichert, die kommunistische Macht war auch dort unbestritten.

In Wahrheit aber war die Sowjetunion im Jahre 1950 wirtschaftlich noch weit zurück. Die Industrieproduktion lag nur wenig über dem Vorkriegsniveau (1939). Die Landwirtschaft konnte die Ernährung des Landes nicht gewährleisten und steckte in einer permanenten Krise. Infolgedessen und noch verschärft durch die Riesenausgaben für die Rüstung (Entwicklung der Atombombe) hatte die Sowjetunion einen niedrigen Lebensstandard (unter 1928). Die Folge waren soziale Spannungen, die nur durch die totalitäre Struktur gewaltsam unterdrückt wurden. Auch in den kommunistischen Satellitenländern garte es unter der Oberfläche. Die Bevölkerung verlangte nach dem Ende der sowjetischen Fremdherrschaft und nach einem höheren Lebensstandard. Die sowjetischen Beziehungen zum Westen waren auf dem Tiefstand. Bezeichnend dafür sind der kommunistische Putsch in der CSR (1948), die Berliner Luftbrücke (1949), die Gründung der NATO (1949), der Beginn des Korea-Krieges (1950). Zur afro-asiatischen und lateinamerikanischen Staatenwelt bestanden nur spärliche Beziehungen.

Insgesamt war die Sowjetunion eine Weltmacht von westlichen Gnaden, das heißt, das fehlende wirtschaftliche und militärische Eigengewicht der Sowjetunion wurde in den ersten Nachkriegsjahren durch die Uneinigkeit und Unentschlossenheit des Westens, der sowjetischen Expansion Widerstand zu leisten, ausgeglichen.

II. Die Veränderungen seit Stalins Tod

Nach dem Tode Stalins mußten seine Nachfolger mit seinem Erbe fertig werden, das sie vor eine Reihe schwieriger Probleme stellte. Die Versuche, eine Lösung zu finden, brachten der Sowjetunion viele — teils gewollte, teils unbeabsichtigte — Veränderungen.

Vielleicht hätte auch Stalin selbst etliche Veränderungen der Sowjetgesellschaft anstreben müssen (und manche westlichen Beobachter halten das für selbstverständlich); aber dann hätte sich die Sowjetunion mit Sicherheit in anderen Bahnen entwickelt.

Hier soll nun versucht werden, die Veränderungen in der Sowjetunion seit Stalins Tod bis zur Gegenwart, getrennt nach den verschiedenen Bereichen, in ihren Grundzügen anzudeuten.

a) Veränderungen im politischen Bereich

1. Die persönliche Diktatur sollte für alle Zeiten beendet sein und durch die sogenannte „kollektive Führung“ ersetzt werden.

Für die Führung bedeutete das den Beginn eines erbitterten, internen Machtkampfes. Das Bestreben jedes einzelnen, sich in den Spitzen-

gremien zu halten, führte zu ständigen Intrigen und diese wiederum zu mehreren ernsten Führungskrisen (1953 um Berija, 1956 während des Ungarn-Aufstandes, 1957 um die Gruppe Molotow, Kaganowitsch, später um Shukow, 1963 um Chruschtschow und schließlich im Oktober 1964 zu seiner Entfernung aus allen Ämtern).

Während Stalins Stellung über allen Zweifel erhaben war, muß sich heute der ranghöchste sowjetische Führer stets aufs neue bewähren. Er kann seine Entscheidungen nicht selbstherrlich treffen, sondern ist auf Zustimmung seiner Kollegen angewiesen.

Ein solcher Zustand paßt schlecht zur totalitären Struktur, denn er bewirkt Zweifel in unteren Gremien an der Überlegenheit der Führung.

2. Die Stalinsche Willkürjustiz sollte durch die „sozialistische Gesetzlichkeit“ ersetzt werden. Das bedeutete den Versuch, dem einzelnen Staatsbürger das Gefühl größerer Sicherheit zu geben, ohne den Charakter der Parteijustiz zu ändern.

Schon unmittelbar nach dem Tod Stalins begann die Parteiführung ab April 1953 mit einer populären Aktion, der Entlassung von Häftlingen aus den Arbeitslagern. Später wurden die Bedingungen in den Lagern (mit Ausnahme der politischen Häftlinge) verbessert sowie die Zahl der Straflager stark vermindert.

Im Jahre 1956 wurde das Arbeitsrecht zugunsten der Arbeiter verändert (keine Gefängnisstrafen mehr für Verspätungen an der Arbeitsstelle, dosierte Freizügigkeit beim Arbeitsplatzwechsel). Im Dezember 1958 verabschiedete der „Oberste Sowjet“ neue Rechtsgrundsätze für das Strafrecht (Abschaffung der Sondergerichte, größere Rechte für den Angeschuldigten vor Gericht und ähnliches).

Neben diesen Verbesserungen für den einzelnen wurden Zehntausende von Opfern der Stalin-Justiz — häufig postum — rehabilitiert. Andererseits wurde das Strafmaß für politische Vergehen verschärft. Heute ist für siebzehn Straftaten (darunter auch Devisenvergehen, Spekulation) die Todesstrafe wieder eingeführt worden.

Die Bevölkerung sollte in der Strafverfolgung und Rechtsprechung einbezogen werden. Jugendliche werden seit 1959 zum Streifendienst auf den Straßen eingesetzt. Ab 1960 wurden sogenannte „Nachbarschaftsgerichte“ gebildet. 1963 gab es bereits 197 000. In diesen „Gerichten“ urteilen Laien aus dem betreffenden

Wohnbezirk über „gesellschaftliche Vergehen“ ihrer Mitbürger (Trunksucht, private Streitigkeiten, Vernachlässigung der Aufsichtspflicht und dergleichen mehr). Die Verhandlung ist öffentlich. Eine Strafprozeßordnung gibt es nicht. Das Strafmaß kann empfindlich sein, zum Beispiel Verbannung bis zu fünf Jahren, Einweisung von Kindern in eine Erziehungsanstalt, Entlassung aus dem Arbeitsverhältnis. Geurteilt wird nach dem „gesunden Volksempfinden“, und nicht selten spielen Neid und Mißgunst gegenüber dem Nachbarn bei dieser Rechtsprechung eine große Rolle.

Die Veränderungen seit Stalins Tod haben die Stellung des einzelnen in mancherlei Hinsicht verbessert. Aber der Charakter der Parteijustiz ist unverändert geblieben, eine unabhängige Rechtsprechung gibt es also nicht.

Die sowjetischen Ziele und Maßnahmen im Bereich der Rechtsprechung legen darüber hinaus überzeugend dar, daß der westliche Begriff „Liberalisierung“ auf die sowjetische Entwicklung nicht angewandt werden kann. Denn die angestrebte „sozialistische Gesetzlichkeit“ ist keineswegs eine liberale oder rechtsstaatliche Form.

Der Wunsch der Bevölkerung nach einem echten Schutz der individuellen Rechte ist allerdings durch die „Entstalinisierung“ noch verstärkt worden. Viele Menschen in der Sowjetunion wissen, daß die Verwirklichung dieser Forderung nur durch die Teilung der totalitären Gewalt möglich ist. Die Bevölkerung hat die Verbesserung zwar begrüßt, ist aber keineswegs dadurch zufriedengestellt, sondern fühlt sich durch einzelne Rückschritte wie die „Nachbarschaftsgerichte“ nur noch mehr verletzt.

3. Zum Unterschied von dem Stalinschen Meinungsterror wurde nun die Kritik von unten ermuntert und bei einzelnen Reformen geradezu gefordert. Die Bevölkerung machte zuerst zögernd und dann im breiten Maße davon Gebrauch.

Von der Führung ungewollt, führte die offizielle Ermunterung zur offenen Kritik aber weit über die erlaubte Grenze hinaus. Heute werden die Mißstände nicht nur in den satirischen Zeitungen, im Theater, in Filmen und in der Literatur angeprangert, sondern die öffentliche oder private Kritik im kleinen Kreis macht auch vor dem Sowjetsystem nicht halt.

b) Veränderungen im wirtschaftlichen Bereich

Die wirtschaftliche Grundtendenz der Sowjetunion ist die Industrialisierung. Allerdings steht die Entwicklung der Schwer- und Rü-

stungsindustrie im Vordergrund. Die sowjetischen Führer lassen sich hierbei von den Marxschen Erkenntnissen leiten, daß sich die Gesamtwirtschaft um so rascher entwickle, je größer der Anteil der Produktionsmittelindustrie am Sozialprodukt ist.

Sucht man nach einem Maßstab zur Bestimmung des Grades, den die Industrialisierung erreicht hat, so kann die Erwerbsstruktur herangezogen werden, das heißt der jeweilige Anteil der Beschäftigten in den drei Hauptsektoren der Wirtschaft (Land- und Forstwirtschaft, Industrie und Bauwesen, Dienstleistungen) an der Gesamtzahl aller Erwerbstätigen. Der Vergleich zwischen 1950 und 1962 zeigt folgendes Bild:

Erwerbsstruktur	in der SU		BRD	USA
	1950	1962	1961	1961
Beschäftigte ohne mitarbeitende Familienangehörige				
landwirtschaftl. Sektor	(I) 50 vH	38 vH	16 vH	9 vH
industrieller Sektor	(II) 27 vH	32 vH	48 vH	37 vH
Dienstleistungs- sektor	(III) 23 vH	30 vH	36 vH	54 vH

Im Verhältnis zu den entwickelteren Ländern des Westens liegt die Sowjetunion zwar noch weit zurück (die heutige sowjetische Erwerbsstruktur entspricht der des Deutschen Reiches von 1895); aber der Fortschritt von 1950 zu 1962 ist unverkennbar.

Die Zahl der Arbeitskräfte im staatlichen Sektor (Industriebetriebe und Staatsgüter) stieg von 38,9 Millionen (1950) auf 68,4 Millionen (1962). Der Umfang des Staatshaushaltes stieg von 42,3 Milliarden Rubel (1950) auf 91,9 Milliarden Rubel (1964).

Seit dem XX. Parteitag der KPdSU steht die Intensivierung der Wirtschaft im Mittelpunkt aller staatlichen Direktiven. Sämtliche Reformen in Industrie und Landwirtschaft dienen diesem Ziel.

Hauptgesichtspunkte der Reformen sind:

Erhöhung der Arbeitsproduktivität des einzelnen Arbeiters durch bessere Bezahlung, erleichterte Arbeitsbedingungen, erhöhten Lebensstandard, größere Rechts- und soziale Sicherheit.

Erhöhung der Initiative der unteren Wirtschaftseinheiten durch die Dezentralisierung der Verwaltung (1957/58) und später vom an-

deren Extrem her durch die Vergrößerung der lokalen Verwaltungseinheiten oder durch die Parteireform (1962), das heißt die unmittelbare Übernahme der Verantwortung für die Wirtschaft seitens der Partei. Ihr Fehlschlag führte im November 1964 zur Aufhebung der Parteireform durch Chruschtschows Nachfolger.

Erhöhung der Produktivität der Gesamtwirtschaft durch bessere Planungs- und Leitungsmethoden sowie rationellere Verwendung der Investitionen und bessere Warenzirkulation.

Durch die eingeleiteten Maßnahmen gelang es, die in den Jahren 1954—1956 drohende wirtschaftliche Stagnation zu überwinden. Der Zuwachs in der Energieversorgung war beträchtlich. Auch die Produktion der Grundstoffindustrie stieg bedeutend an. Weniger befriedigend waren die Erfolge im Maschinenbau, unbefriedigend war die Entwicklung der Leichtindustrie und völlig ungenügend die Entwicklung der Agrarwirtschaft. Die Sowjetwirtschaft hat also auf einzelnen Gebieten große Fortschritte zu verzeichnen, während andere Gebiete zurückgeblieben sind und daher die Produktivität der Gesamtwirtschaft ungünstig beeinflussen.

Inzwischen sind auch die Grenzen der Intensivierung der Sowjetwirtschaft deutlich geworden; denn die wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung soll ja nicht zur Auflösung des totalitären Herrschaftssystems führen. Infolgedessen werden häufig sachgerechte Entscheidungen durch die Angst vor negativen Auswirkungen auf die Parteiherrschaft oder durch dogmatische Auffassungen blockiert.

So konnte sich die sowjetische Führung bislang nicht dazu entschließen,

den Lebensstandard (und damit die Arbeitsbereitschaft der Menschen) durch eine wirksame Vergrößerung der Investitionen für die Konsumgüter und Agrarwirtschaft entscheidend zu erhöhen;

die Initiative der Betriebsleitungen dadurch zu wecken, daß die Betriebe selbständig kalkulieren und konkurrieren können;

die Produktivität der Gesamtwirtschaft dadurch zu verbessern, daß die dogmatischen Leitsätze, die im Gegensatz zur wirtschaftlichen Vernunft stehen (wie die zentrale Planung und Leitung der Wirtschaft oder die Bevorzugung der Schwerindustrie), aufgegeben werden.

Immerhin haben schon die bisherigen Wirtschaftsreformen im Rahmen des totalitären

Systems zu ungewollten Veränderungen geführt.

1. Die wirtschaftliche Zielsetzung der Sowjetführung hat den Erfolg zum wichtigsten Maßstab gemacht. Das Erfolgsdenken des einzelnen Sowjetmenschen soll im Endergebnis den Gesamterfolg des Staates bringen. Die erste Folge dieser Denkweise ist jedoch gewesen, daß sachliche (ideologiefremde) Argumente in die öffentliche Diskussion eingedrungen sind.

Besonders in der Diskussion um die Vorschläge Professor Libermans im Herbst 1962 wurde offen die radikale Veränderung des sowjetischen Wirtschaftssystems gefordert: die Selbständigkeit der Betriebe bei der Festsetzung von Löhnen und Preisen, praktisch also eine Form der Marktwirtschaft.

In Diskussionen um die Planungstheorie, die 1962 begannen und noch anhalten, wird die Unmöglichkeit einer zentralen Planung und Leitung der Sowjetwirtschaft überzeugend nachgewiesen. Sowjetische Wissenschaftler halten die heutige Verwaltungspraxis für völlig ungeeignet zur Bewältigung der Planaufgaben. Nach ihren Feststellungen würde eine zentrale Planung der insgesamt 20 Millionen Planpositionen die Berechnung von 4 Quadrillionen Beziehungen zwischen diesen Positionen erforderlich machen — eine astronomische Summe, die auch nicht mit der Kybernetik berechnet werden könnte. Die Dezentralisierung des Planungsapparates könnte das Problem ebensowenig lösen, da sich die Voraussetzungen ständig ändern und die genaue Abgrenzung der Wirtschaftszweige praktisch unmöglich ist.

Ohne grundlegende Reformen, so prophezeite ein führender sowjetischer Mathematiker (Glushkow im September 1962), würde im Jahre 1980 die gesamte erwachsene Bevölkerung der Sowjetunion im Planungsapparat beschäftigt sein.

Völlig zu Recht stellte Professor Nemtschinow in dieser Diskussion fest: „Je komplizierter und größer ein Wirtschaftssystem ist, desto mehr wirtschaftliche Entscheidungen müssen an Ort und Stelle getroffen werden.“

Schon Chruschtschow hatte im Mai 1964 den Versuch begonnen, zwei Betriebe in eigener Zuständigkeit wirtschaften zu lassen. Seine Nachfolger dehnten das Experiment auf über 400 Betriebe aus und verkündeten, daß bald sämtliche Unternehmen der Textil- und Schuhindustrie entsprechend arbeiten würden. Der einzige Maßstab dieser Wirtschaftsweise

ist das Gewinnprinzip. Im übrigen sind die Betriebe aus dem zentral geleiteten Verwaltungssystem herausgenommen und entscheiden selbständig.

Der bisherige Erfolg der „neuen“ Produktionsweise ist überzeugend. Allerdings hat das Experiment auch einige Probleme aufgeworfen: So wird der Produktionserfolg beeinträchtigt und schließlich verhindert, wenn die Rohstofflieferanten, die noch immer nach Plan arbeiten, nicht mehr liefern können, weil diese Steigerung der Produktion nicht vorgesehen war.

Bisher half man sich damit, daß auch einzelne Betriebe der Grundstoff- und Schwerindustrie aus der zentral geleiteten Planwirtschaft herausgenommen wurden. Und auch sie melden großartige Erfolge. Eine Lösung des Problems ist das freilich nicht. Unausweichlich wird auf die sowjetischen Führer die Frage zukommen, ob sie das Experiment ausdehnen — und damit schließlich das gesamte Wirtschaftssystem umkrepeln — oder ob sie den Versuch wieder einstellen.

2. Die Erhöhung der Arbeitsproduktivität ist nach dem Willen der Sowjetführer eine entscheidende Voraussetzung für Produktionssteigerungen. Die ungewollte Konsequenz ist allerdings, daß dadurch die Arbeitsbereitschaft der Menschen, also ihre subjektive Einstellung, zu einer Schlüsselfrage des Erfolges geworden ist. Die Führung kann die Interessen der Bevölkerung nicht mehr (wie zu Stalins Zeiten) ignorieren. Sie mußte größere Mittel für den Wohnungsbau bereitstellen. Sie kaufte für Gold und wertvolle Devisen Millionen Tonnen Weizen im „kapitalistischen“ Ausland. Die Nachfolger Chruschtschows gehen noch weiter: die Investitionen für die Leichtindustrie und Landwirtschaft wurden für das Jahr 1965 beträchtlich erhöht.

3. Nach dem Willen der sowjetischen Führer soll die Produktion ständig wachsen. Ungewollt steigt aber infolge des größeren Warenangebotes auch die Bedeutung des einzelnen Konsumenten. Er wird wählerisch und verzichtet auf den Kauf von Waren schlechter Qualität. Schon jetzt ist der Wert unverkäuflicher Bestände in den sowjetischen Magazinen auf mehrere Milliarden Rubel angestiegen.

Das bedeutet: Der Konsument übt einen direkten Einfluß auf die Produktion aus. Und der Staat muß sich wohl oder übel dieser neuen Situation anpassen, wenn er Verluste vermeiden will. Chruschtschow und seine Nachfolger

haben das Problem seit dem Jahre 1962 immer wieder angesprochen. Sie meinten, es sei eine völlig neue Frage, daß sich die Produktion in der Sowjetunion nicht mehr nach dem Plan, sondern nach dem Bedarf der Bevölkerung richten müsse.

Wieder einmal fällt der Blick in dieser Lage auf die „kapitalistischen“ Lösungen. Auch in der Sowjetunion sollen Institute für Markt- und Konjunkturforschung entstehen. Im Dezember 1964 kündigte der Minister für Binnenhandel an, daß bald Saisonschlußverkäufe zu stark herabgesetzten Preisen durchgeführt würden. Im Mai 1965 wurde ein sogenannter „Allunionsverband für Handelsreklame“ gegründet, der überall in der Sowjetunion Filialen bilden will, um die Reklame zu aktivieren.

4. Prinzipiell besteht zwar die Forderung nach „innerer Sozialisierung“ der Kollektivwirtschaften, aber praktisch muß die Sowjetführung die privaten Nebenwirtschaften und den freien Verkauf der dort erzeugten Waren dulden; denn der Anteil der privaten Erzeuger an der Gesamtproduktion landwirtschaftlicher Produkte ist noch immer sehr groß. Im Jahre 1962 waren 42 Prozent der Kühe und 29 Prozent der Schweine in Privatbesitz. Bei einem Anteil von nur 3,5 Prozent der genutzten Fläche erzeugten die privaten Nebenwirtschaften im gleichen Jahre 64 Prozent der Kartoffelernte, 67 Prozent der Obsternte, 46 Prozent der Gemüseernte, 44 Prozent der Fleischerzeugung, 45 Prozent der Milcherzeugung, 77 Prozent der Eierproduktion.

In den früheren Jahren war der private Anteil noch größer, und Chruschtschow hatte alle Anstrengungen unternommen, um die Bedeutung der privaten Nebenwirtschaften zu vermindern. Da aber keine Gewalt angewandt werden sollte, weil sie eine Katastrophe auf dem Ernährungssektor herbeigeführt hätte, blieb dem Sowjetstaat nur das Mittel der ständigen Erhöhung der staatlichen Aufkaufpreise für landwirtschaftliche Produkte. Durch diesen Anreiz sollten die Kollektivbauern veranlaßt werden, ihre Produkte dem Staat zu verkaufen. Die sowjetische Regierung wurde so gegen ihren Willen zu enormen Preiserhöhungen gezwungen. Die staatlichen Aufkaufpreise stiegen von 1952 bis 1964 im Durchschnitt um das Fünfzehn- bis Zwanzigfache, bei Kartoffeln sogar um das Vierzigfache. Chruschtschows Nachfolger haben diese Entwicklung noch weitergetrieben. Am 1. Mai 1965 wurden die staatlichen Aufkaufpreise für Fleisch und Milch sowie einige

andere Agrarprodukte abermals um 20 bis 100 Prozent erhöht.

Schon im November 1964, gleich nach der Absetzung Chruschtschows, waren alle Beschränkungen für die privaten Nebenwirtschaften aufgehoben worden, um die Privatinitiative der Sowjetmenschen anzukurbeln und die Agrarproduktion zu steigern.

5. Die offizielle Verurteilung der „Gleichmacherei“ und die Schaffung materieller Anreize für bessere Arbeit hat in allen Schichten der Sowjetgesellschaft den Wunsch nach materiellem Wohlstand geweckt. Die sowjetische Oberschicht verbürgerlicht zusehends und die breite Masse versucht, diesem Ideal nachzueifern.

Bezeichnend dafür ist eine Meinungsumfrage des Leningrader Soziologischen Institutes vom Herbst 1963. 2 700 junge Arbeiter aus Leningrader Betrieben wurden nach ihrem Verhältnis zur Arbeit befragt. 77 Prozent der Befragten erklärten, daß sie den materiellen Gewinn der Arbeit als unabdingbar oder sogar allein entscheidend ansehen. Nur 23 Prozent wollten jede Arbeit ausführen, die ihnen die Partei gibt.

c) Veränderungen im gesellschaftlichen Bereich

1. Um alle Menschen mit kommunistischem Gedankengut zu erfüllen, sollten die „gesellschaftlichen Organisationen“ (Gewerkschaft, KOMSOMOL, DOSAAF usw.) aktiviert werden. Das Maß an Verantwortung allerdings, das die Partei ihnen übertrug, blieb denkbar gering. Daher ist auch das Interesse der Bevölkerung an der Mitarbeit in diesen Organisationen in dem Maße zurückgegangen, wie der Zwang nachgelassen hat.

36 Prozent aller Jugendlichen in den betreffenden Altersstufen sind im kommunistischen Jugendverband organisiert; ständig wird über die Passivität der Mitglieder geklagt. Für die Sowjetmenschen ist lediglich die Mitgliedschaft in der Gewerkschaft von Interesse, weil die sowjetische Gewerkschaft Einfluß auf die Arbeitsbedingungen (Urlaub, Sanatoriumsaufenthalt) hat.

2. Im wissenschaftlichen Bereich wurde verschiedenen Disziplinen, vor allem den Naturwissenschaften, die Möglichkeit zur freien Entfaltung gegeben. Erst dadurch war die Bahn frei für die großen sowjetischen Erfolge in der Weltraumfahrt. Die freieren Entfaltungsmöglichkeiten verursachten einen großen Andrang der Jugendlichen zu diesen Disziplinen. Vom sachlichen Standpunkt aus wird

das von der Partei begrüßt. Andererseits wachsen ihre Sorgen um die Erhaltung des kommunistischen Bewußtseins.

Die Verurteilung Stalins eröffnete auch der Soziologie den Weg einer eigenen Disziplin, nachdem diese Wissenschaft vorher ignoriert worden war. Seit 1962 bedient man sich in der Sowjetunion der Meinungsumfrage im Rahmen der empirischen Sozialforschung. Die Ergebnisse sind allerdings für die Führung überraschend. Auf diese Weise werden sowohl die sozialen Gegensätze in der Sowjetunion wie auch das minimal entwickelte kommunistische Bewußtsein aufgedeckt. Die Soziologie wird dadurch, von der Führung ungewollt, zum Hüter der Wahrheit, die jetzt erstmalig ungeschminkt nach oben dringt.

3. Im kulturellen Bereich sollten Tabus und Beschränkungen der Stalinära fallen. Die Partei wollte dadurch die Möglichkeit zur Schaffung großer Kunstwerke eröffnen. Dennoch sollte der „sozialistische Realismus“ auch weiterhin den Rahmen der sowjetischen Kunst bilden. Die sowjetischen Maler, Schriftsteller, Musiker, Film- und Theaterleute haben die Freiheit genutzt. Der Kritik an Stalin folgte sehr bald die verdeckte oder offene Kritik am System. Abweichungen vom sozialistischen Realismus und Nachahmungen westlicher Kunstrichtungen häuften sich. Diese Überschreitung der erlaubten Grenze verursachte das energische Eingreifen der Partei (Chruschtschow-Rede am 8. 3. 1963, Konferenz im Juli 1963). Es gelang der Partei jedoch nicht, die sowjetische Kunst wieder völlig zu beherrschen. Neben der eigenwilligen Haltung vieler offiziell anerkannter sowjetischer Schriftsteller, Künstler usw. gibt es seit einigen Jahren auch vorwiegend jugendliche Rebellen, die ihre Kritik am sozialistischen Realismus und am Sowjetsystem in illegalen Schriften verbreiten.

4. Die Stellung des einzelnen Menschen sollte nach dem Willen der Partei gegenüber der Stalinära aufgewertet werden. Jetzt wurde der einzelne zur Mitarbeit, zum Mitdenken und zum Kritisieren aufgefordert.

Zunächst machte die Bevölkerung nur zögernd und mißtrauisch davon Gebrauch. Nachdem jedoch (seit 1961) die offizielle Kritik an Stalin verstärkt wurde, wuchs auch die kritische Einstellung der Bevölkerung in der Sowjetunion. Sie äußerte sich in zahllosen Briefen an die Sowjetpresse, an die Partei- und Staatsorganisationen sowie in der Reaktion der Zuschauer auf Filme und Theaterstücke.

Der Partei gelang es nicht, die sowjetische Vergangenheit in den vorgeschriebenen Grenzen zu bewältigen. Die Kritik an Stalin führte in der Bevölkerung zu bohrenden Fragen und zur Kritik an der totalitären Parteiherrschaft: Warum haben die heutigen Führer damals nicht protestiert? Wie konnte das die Partei dulden?

Die Bevölkerung und vor allem die Jugend nehmen heute längst nicht mehr jede Parteidirektive als Selbstverständlichkeit hin. Die Partei ist in ihren Augen durch die Verbrechen Stalins diskreditiert. Viele Jugendliche suchten sich andere Leitbilder, außerhalb der kommunistischen Ideologie. Von hier aus ist auch die in der Sowjetunion verbreitete Nachahmung westlicher Sitten, Mode und Musik verständlich. Sie ist im Grunde ein Protest gegen die diskreditierte Zwangsherrschaft.

Zwar versucht die Partei, ihren Ruf zu retten (so antwortete die *Iswestija* auf das Bekenntnis Ilja Ehrenburgs, daß alle damals von Stalins Verbrechen wußten, das sei gar nicht möglich gewesen, weil die Aufdeckung der Wahrheit ein „dialektischer Prozeß“ sei, der erst 1956 einsetzen konnte); aber derartige plumpe Manöver werden in der Bevölkerung nicht ernst genommen. Die offiziell gewollte kritische Einstellung der Bevölkerung hat (ungewollt) das Selbstbewußtsein des einzelnen gestärkt. Heute gibt es in der Sowjetunion „die öffentliche Meinung“ wie einst in der Vorphase der Französischen Revolution (1789), als dieser Begriff geprägt wurde. Sie besagt, daß es keine Rückkehr zur Willkürherrschaft eines Diktators geben darf. Da die Partei im Prinzip an der Diktatur festhält, ist es für sie schier unmöglich, die Einmandiktatur zu verurteilen, ohne gleichzeitig in den Augen der Bevölkerung auch die kollektive Diktatur in Frage zu stellen. Der Führungswechsel im Oktober 1964 hat das Vertrauen in die „Weisheit“ der Partei noch mehr geschmälert.

d) Veränderungen im Verhältnis der Sowjetunion zu den kommunistischen Parteien

Unter Stalin beruhte die Einheit der kommunistischen Weltbewegung auf seiner unumstrittenen Stellung als Diktator. Bei Strafe des eigenen Unterganges war jeder Kommunist gehalten, die Befehle Stalins zu befolgen. Dieser Integrationsfaktor des internationalen Kommunismus war aber schon zu Lebzeiten Stalins durch die Eigenwilligkeit Titos und durch das Eigengewicht Chinas in Frage ge-

stellt worden. Nach Stalins Tod versuchten die sowjetischen Führer, durch eine größere Berücksichtigung des Eigenlebens der kommunistischen Parteien die freiwillige Anerkennung der sowjetischen Führungsrolle zu erreichen. Aber bereits die ersten Anzeichen der Lockerung lösten weitergehende Forderungen und Aufstände gegen die sowjetische Fremdherrschaft aus (17. 6. 1953 in der SBZ, 1956 in Polen und Ungarn). Die Sowjetunion rettete mit Gewaltmitteln die kommunistische Herrschaft in den Satellitenländern. Aber weder die formelle Anerkennung der Gleichberechtigung in der Sowjeterklärung vom 30. Oktober 1956 noch die Gewährung von Krediten konnten auf die Dauer verhindern, daß in den kommunistischen Parteien der nationale Egoismus erwachte.

Als späten Protest gegen die Unterdrückung und wirtschaftliche Ausbeutung durch die Sowjetunion stellten die kommunistischen Länder und darüber hinaus alle kommunistischen Parteien (mit Ausnahme der SED) ihre nationalen Interessen in den Vordergrund. Diese allgemeine Zerfallstendenz wird ständig durch den Streit der KP Chinas mit der KPdSU genährt. Die anderen kommunistischen Länder profitieren von dem Streit, weil sie von den kommunistischen Großmächten umworben werden.

Die wichtigste Veränderung der letzten fünfzehn Jahre im Verhältnis der KPdSU zu den andern kommunistischen Parteien besteht darin, daß der Integrationsfaktor der kommunistischen Weltbewegung verloren ging: die unumstrittene sowjetische Führungsgewalt. Die Alternative zu der nicht mehr möglichen gewaltsamen Einigung der kommunistischen Weltbewegung wäre ein Modus zur verbindlichen Bestimmung der Generallinie für alle kommunistischen Parteien. Ein solcher Modus ist aber bisher nicht gefunden worden. Auch die Kompromißformeln der internationalen kommunistischen Erklärungen von November 1957 und Dezember 1960 sind heute praktisch wertlos, weil sie verschieden interpretiert werden und weil die KPCh zum ernsthaften Konkurrenten des sowjetischen Führungsanspruches geworden ist.

e) Veränderung der sowjetischen Außenpolitik

Schon ein Jahr nach dem Tod Stalins änderte sich die sowjetische Weltpolitik im Hinblick auf die Entwicklungsländer. Hatte Stalin vorher die blockfreien Länder nicht als selbständigen Faktor der Weltpolitik anerkennen

wollen, so wurde diese Anerkennung jetzt offiziell ausgesprochen und im Parteiprogramm der KPdSU (1961) bekräftigt. Die politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und militärischen Beziehungen der Sowjetunion zu den Entwicklungsländern wurden intensiviert. Durch die Bildung von Schwerpunkten konnte sie dabei bemerkenswerte Erfolge erzielen.

Gleichzeitig veränderte sich seit 1956 (XX. Parteikongreß) die sowjetische Strategie im Kampf um die Weltrevolution. Lenins Grundsatz, daß Kriege unvermeidlich sind, solange der Sozialismus noch nicht überall in der Welt gesiegt hat, wurde aufgegeben. Die offene Aggression in Form des allgemeinen Atomkrieges oder auch des begrenzten Krieges sollte nun kein Mittel der Weltrevolution mehr sein.

Im Grunde weicht diese Änderung nicht allzusehr von der Praxis Stalins ab, der schon 1928 die Politik der Koexistenz offiziell verkündet hatte. Nun wurde diese Politik theoretisch begründet und ausgeformt. Die Politik der „friedlichen Koexistenz zwischen Staaten mit verschiedener Gesellschaftsstruktur“ soll nach sowjetischer Auffassung *nicht* die Anerkennung eines dauerhaften friedlichen Nebeneinanders zwischen Sozialismus und „Kapitalismus“ bedeuten, sondern sie ist die revolutionäre Kampfform unter den Bedingungen des Atompatts.

Die Politik der Koexistenz bedeutet auch nicht den Verzicht auf jede Gewaltanwendung. Die Sowjetunion erkennt ausdrücklich die „allseitige Unterstützung“ der prokommunistischen Kräfte im Bürgerkrieg in den Industrieländern und im nationalen Befreiungskrieg der Entwicklungsländer als ihre „heilige Pflicht“ an und handelt entsprechend. So trägt die Politik der Koexistenz einerseits der strategischen Lage im Atomzeitalter Rechnung, denn sie berücksichtigt den Umstand, daß die modernen Waffen die Sowjetunion bei einem eigenen Angriffskrieg infolge der westlichen Abschreckungsmacht selbst vernichten könnten. Andererseits sucht die Koexistenz-Politik die noch vorhandenen Möglichkeiten für die Revolution nutzbar zu machen. Der offizielle Verzicht auf den Aggressionskrieg zwischen Staaten bietet die Grundlage für die Aktivierung einer „Weltfriedensbewegung“. Dadurch kann der kommunistischen Bewegung weltweite Unterstützung vor allem in den Entwicklungsländern verschafft werden. Und es ist nunmehr mög-

lich, Gegner des Kommunismus als „Friedensfeinde“ zu diffamieren.

Nach dem Willen der Sowjetführer soll diese Politik der Koexistenz den Kampf zwischen den Gesellschaftssystemen zugunsten des sozialistischen Lagers entscheiden, weil die „kapitalistische Festung“, Europa und USA, durch die „Friedensbewegung“ von innen ausgehöhlt und durch die intensivere Zusammenarbeit mit den antiwestlichen Regierungen im afro-asiatischen und lateinamerikanischen Raum eingekreist würde.

Allerdings hat die sowjetische Politik auch zu ungewollten Folgen geführt: In verschie-

den Gebieten der Welt und vor allem in der Frage der Verhinderung eines Atomkrieges sind die Interessen der Sowjetunion mit denen der freien Welt identisch.

Notgedrungen pendelt die sowjetische Außenpolitik zwischen Verantwortungsgefühl für den Weltfrieden und revolutionärem Elan hin und her. Die sowjetische Handlungsfreiheit ist eingeschränkt. Und diese — in den Augen der Rotchinesen — unrevolutionäre Haltung hat erheblich zur Vertiefung des Streites zwischen Peking und Moskau beigetragen. Rotchina klagt die KPdSU des „Verrates an der Revolution“ und des „Komplots mit den USA“ an.

III. Schlußfolgerungen

Die Schlußfolgerung aus der sowjetischen Entwicklung nach Stalins Tod lautet: Die Nachfolger Stalins haben eine Automatik in Bewegung gesetzt, deren Konsequenzen sie nicht erwartet hatten und von der sie sich nur um den Preis der Aufgabe ihrer programmierten Ziele befreien können.

Nach den *Vorstellungen der sowjetischen Führer* sollte die Beseitigung der persönlichen Merkmale Stalinscher Machtausübung den Weg zu Reformen frei machen und dadurch bewirken:

1. Die Entwicklung der Sowjetunion zur größten Wirtschaftsmacht mit dem höchsten Lebensstandard;
2. die freiwillige Anerkennung der totalen Parteiherrschaft durch die Sowjetmenschen;
3. die Einheit der internationalen kommunistischen Bewegung durch die freiwillige Anerkennung der sowjetischen Führerrolle;
4. die allmähliche Durchsetzung der weltrevolutionären Ziele auf friedlichen oder gewaltvollen Wegen, aber ohne offenen Krieg.

Bis heute haben die sowjetischen Führer *tatsächlich bewirkt*:

1. große Fortschritte bei der Entwicklung der Schwerindustrie, aber den desto deutlicher empfundenen Gegensatz zur völlig ungenügenden Entwicklung der Konsumgütererzeugung und damit des Lebensstandards;
2. Stärkung des individuellen Selbstbewußtseins der Menschen und Belebung ihrer dem totalitären System entgegenstehenden Forderungen nach rechtlicher Sicherheit und Besitz;
3. Stärkung des Selbstbewußtseins der nationalen kommunistischen Parteien und Gefährdung der Einheit des Weltkommunismus;

4. keine entscheidenden Erfolge bei der Durchsetzung der weltrevolutionären Ziele und Ungewißheit über die zukünftige Entwicklung.

Der Hauptgrund für die unerwarteten Folgen der sowjetischen Politik liegt darin, daß die sowjetischen Ziele schon im Ansatz voller Widersprüche sind:

Die Entwicklung zur rationellsten Wirtschaft ist unvereinbar mit dem Beharren auf der totalitären Herrschaft; denn die zentral geleitete Wirtschaft läßt keinen Spielraum für Einzelinitiativen und verhindert dadurch das rationelle Wirtschaften.

Die Verwirklichung der Forderung nach selbständigem kritischem Denken der Menschen ist unvereinbar mit dem Festhalten an der totalitären Herrschaft, in der die Menschen nur Befehlsempfänger sein müssen.

Die Verwirklichung der Gleichberechtigung aller kommunistischen Parteien ist unvereinbar mit dem sowjetischen Führungsanspruch in der kommunistischen Weltbewegung.

Die Erhaltung des Weltfriedens ist unvereinbar mit dem Ziel, den „Triumph des Kommunismus im Weltmaßstab“ herbeizuführen. Auch die Politik der Anpassung an die strategische Lage, die sogenannte Politik der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten verschiedener Gesellschaftsstruktur, hebt den Widerspruch nicht auf, sondern verdeutlicht ihn nur. Früher oder später müssen sich die Sowjetführer entscheiden, ob sie an der kommunistischen Weltrevolution festhalten wollen oder ob aus der zwiespältigen Koexistenzpolitik ein friedliches Nebeneinander der

verschiedenen Gesellschaftssysteme werden soll.

Die Sowjetführer haben sich bislang in keinem der angeführten Punkte zu einer klaren Entscheidung durchringen können. Daher ist die sowjetische Politik seit Jahren sprunghaft, widerspruchsvoll und unberechenbar. Das gilt ganz besonders für die vergangenen Jahre, in denen Chruschtschow mit seinem hektischen Temperament die Politik bestimmte.

Wenn die *Tendenzen* im Ost-West-Verhältnis und damit auch die Chancen für die Durchsetzung der sowjetischen Ziele richtig beurteilt werden sollen, dann müssen ihre Hauptfaktoren berücksichtigt werden.

Ob die sowjetischen Führer ihr Programm erfüllen können oder nicht, hängt ab

vom Verhalten der eigenen Bevölkerung,
vom Verhalten der anderen kommunistischen Parteien und

von der Reaktion sowie von der Eigenentwicklung der freien Völker.

Will die Sowjetführung ihr ökonomisches Hauptziel erreichen, dann muß die Bevölkerung zu entsprechenden Leistungen bereit sein und sie muß auch die Voraussetzung einer rationellen Wirtschaftsweise, nämlich die freie Entfaltung der Eigeninitiative, erfüllt sehen. Ein solches zielbewußtes ökonomisches Verhalten der Sowjetmenschen ist nur möglich auf Kosten der kommunistischen Dogmen. Das bedeutet: Aufgabe des Primats der Schwerindustrie, Dezentralisierung der Wirtschaft und damit Abbau der totalitären Herrschaft, kein Gewaltrisiko für die Weltrevolution.

Der Weg des wirtschaftlichen Erfolges hätte für die Sowjetunion zur Folge, daß einerseits die Einheit des Weltkommunismus endgültig verloren ist, aber andererseits das Ansehen der Sowjetunion in den neutralen und westlichen Ländern wächst.

Hält die sowjetische Führung hingegen unbeirrt an den kommunistischen Dogmen fest, dann können die Wirtschaftsziele nicht erreicht werden und die innere Zustimmung der Sowjetmenschen wird diesem System versagt bleiben. Die Einheit der kommunistischen Weltbewegung wäre dann vielleicht im Arrangement mit Rotchina wiederherzustellen. Aber der Widerstand in den neutralen und westlichen Ländern gegen die weltrevolutionäre Zielsetzung wäre unvermeidbar.

An dieser Gegenüberstellung der Entwicklungsmöglichkeiten ist augenfällig, daß die

Interessen der sowjetischen Bevölkerung mit denen der freien Völker durchaus übereinstimmen. Denn die Ziele und Wünsche der Menschen in der Sowjetunion richten sich bewußt oder unbewußt gegen die kommunistischen Dogmen. Viele Anzeichen deuten darauf hin, daß die sowjetische Bevölkerung dabei ist, „den Kommunismus zu verdauen“, das heißt, das Gemeinwohl auf Kosten des „sozialistischen Wirtschaftssystems“ zu fördern und den echten Ausgleich mit den nichtkommunistischen Völkern auf Kosten der kommunistischen Weltrevolution zu suchen.

Freilich bedeutet diese Erkenntnis noch keine Änderung des Sowjetsystems. Diese Entscheidung liegt bei der sowjetischen Führung. Wir können nur versuchen, die Tendenzen der sowjetischen Entwicklung zu erkennen. Man wäre im Westen aber gut beraten, sich auf Alternativen vorzubereiten. Denn in der heutigen Lage kommt es entscheidend darauf an, in welcher Form und wie schnell die freie Welt reagiert.

Die westliche Politik kann den sowjetischen Entwicklungsprozeß im Hinblick auf eine bessere Zukunft negativ oder positiv beeinflussen.

Ein *negativer* Einfluß wäre

Uneinigkeit und Leichtfertigkeit, die den Kommunisten Erfolge in fremden Ländern ermöglichen;

die Aufgabe des Embargos und die Gewährung von langfristigen Krediten, die den Sowjetführern die Möglichkeit geben würden, ihre Schwer- und Leichtindustrie ohne Änderung des Wirtschaftssystem gleichzeitig zu entwickeln;

ein Rückfall in den nationalen Egoismus und die negativen Folgen für die Stabilität der Wirtschafts- und Sozialordnung.

Ein *positiver* Einfluß auf die sowjetische Entwicklung wäre

eine gemeinsame westliche Außen- und Verteidigungspolitik, die einerseits auf ein dauerhaftes friedliches Nebeneinander der verschiedenen Gesellschaftssysteme in der Sowjetunion und im Westen gerichtet ist, aber andererseits der sowjetischen Führung durch die vollständige Abschreckung jede Chance auf die Durchsetzung der weltrevolutionären Ziele nimmt;

eine gemeinsame westliche Wirtschafts- und Handelspolitik gegenüber der Sowjetunion nach den Maximen: keine langfristigen Kredite zu gewähren und am Embargo für stra-

teigische Waren festzuhalten, dafür aber die von der Sowjetunion dringend benötigten Konsumgüter im gewöhnlichen Handelsaustausch anzubieten. Es ist Sache der Sowjetführer, im Falle der Ablehnung solcher Angebote ihrer Bevölkerung die Weigerung zu erläutern;

die Forcierung der europäischen Integration — des entscheidenden aktiven Beitrages, den der Westen zur Ostpolitik leisten kann; denn diese Eigenentwicklung zur europäischen Integration zwingt die Sowjetunion zum Reagieren.

Im ersteren Falle würde die westliche Politik zur Festigung der kommunistischen Herrschaft beitragen. Die sowjetischen Führer würden um so fester auf den kommunistischen Dogmen beharren. Und die Menschen in der Sowjetunion wären von ihren Zielen weiter entfernt denn je.

Entschließen sich die freien Völker hingegen für den letzteren Weg als nüchterne Folgerung aus der Interessengleichheit mit der so-

wjetischen Bevölkerung, dann ist schon jetzt abzusehen, daß in der Sowjetunion über kurz oder lang die fortschrittlichen Kräfte die Oberhand über die reaktionären kommunistischen Dogmen gewinnen werden. Dann wird eine künftige Sowjetregierung der fortschrittlichen Kräfte erkennen, daß der politische Ausgleich und die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den fortgeschritteneren westlichen Industrieländern sehr wohl im Interesse des Gemeinwohls Rußlands liegt.

Für das deutsche Volk, dessen staatliche Einheit von den kommunistischen Dogmen blockiert wird, gibt es nur diesen Weg, um im Frieden sein Recht auf Selbstbestimmung durchsetzen zu können. Denn mit der Überwindung der kommunistischen Dogmen wird sich in der Sowjetunion die Erkenntnis verbreiten, daß auch die Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands im Interesse des Gemeinwohls Rußlands liegt, wenn diese Lösung im Rahmen eines größeren politischen Ausgleichs erfolgt.